

Bestehen beim Verlag und besten...
voraus zahlbar
Wortzahlpreis von:
Mk. 4.60 für Deutschland (Post
per Brief-Geldpost)
Mk. 2.75 für Österreich (Post
per Brief-Geldpost)
Mk. 2. — für alle übrigen Länder
des Weltpostvereins (Postgebühren)

Inserate

Die dreizehnlitzige Zeitungs-
Blätter — 20 Pfg. — 50 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Ersteinst
monatlich einmal
in
London.
Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.
E. Bernstein & Co., London N.W.
114 Kentish Town Road.

Postbezugs-
preise gegen franko.
Geldpostbriefe
nach England 10 Pfg. Doppelporto.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich-Verbundenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung unserer Verordnungen abgeben lassen. In der Regel scheidet man uns die Briefe nicht durch, sondern an die bekannten Redaktionen. In zweifelhaften Fällen einzuschreiben.

Aus Italien.

Rom, 6. Juni 1890.

x. y. o. „Ich fürchte die Arbeiter nicht, die so mächtig, tüchtig und fleißig sind — nicht so ihre Leiter, die keine Arbeiter sind!“ — Frankreich hat uns nachahmungswürdige Beispiele gegeben, aus denen hervorgeht, daß auch in der Republik die Sozialisten nicht beliebt sind. Ich finde nicht Worte genug, um den ersten und thätigsten Minister Constans zu loben, dem allein Frankreich es zu verdanken hat, daß am 1. Mai Alles ruhig verlief.“

So antwortete der kleine Kaiser des neuen Italiens, Herr Crispi, am 17. Mai im Parlament auf eine Interpellation über die Maßregeln der Regierung gegen die Kundgebung des 1. Mai. Der Interpellant, Fürst Odescalchi, ein Mann, halb Liberal und halb Schwärmer, — der im Ruhe steht, ein Sozialist zu sein aus dem einfachen und harmlosen Grunde, weil er an einige Genossenschaften von Maurern und Tagelöhnern Arbeit vergibt und dies Anderen eifrig empfiehlt, — dieser gute Mann wollte weiter wissen, wie die italienische Regierung sich den Beschlüssen der Berliner Konferenz gegenüber zu verhalten gedenke. „Wir sind kein Land, wie die anderen Länder“ — antwortete der Industrieminister Miceli — und wir können nicht einmal das gesetzliche Verbot der Kinderarbeit bis zum vollendeten neunten Jahre zur strengen Anwendung bringen, da uns die Pflicht obliegt, die Unternehmer nicht zu ruinieren.“ Die beiden Herren ergingen sich in Mitleidsgerühen für die armen Arbeiter und verhehlten nicht, von geplanten Gesetzen zu sprechen, die die Lage der Arbeitenden verbessern werden. Besonders sprachen sie von innerer Kolonisation, ein unbestimmtes Etwas, so dunkel, daß Niemand waagt, die Sache näher anzuschauen.

Daß Staatsmänner so zu sprechen wagen, ist gewiß recht verdrießlich — besonders in Italien, d. h. in dem Lande, das zum neuen Leben im Namen des Freiheits-Idealismus erwachte, und wo die Erziehung der heranwachsenden Jugend seit 1848 fast ausschließlich auf dem Kultus der Helden der Revolution beruht. Es ist gewiß verdrießlich, daß die Ex-patrioten, die Exrevolutionäre, die Ermazziniani von der ultraliberalen und radikalen Presse fortwährend, und nicht ohne Grund, als Verräter der guten Sache und als Gauner stark angegriffen werden. Von einem anderen Gesichtspunkte, d. h. von unserem Gesichtspunkte aus, ist es jedoch noch mehr verdrießlich, daß die Ultraliberalen und Radikalen, die so gerne eine schändliche moralisierende Kritik ausüben, in der ganzen Geschichte nur persönlichen Ehrgeiz, Renegatenhum, Verrat und andere individuelle Untugenden und Laster zu sehen vermögen, und nicht einmal den leisesten Anfang von sachlicher Erkenntnis der Verhältnisse kundgeben. Diese Unkenntnis der sachlichen Verhältnisse ist leider ein frappanter Beweis der rückständigen sozialen Bildung der Italiener.

Was soll es eigentlich helfen, daran zu erinnern, daß Crispi, als er noch nicht Minister war, sich wie ein Louis Blanc im Kleinen vor dem Wähler geberdete? — noch einige Wochen vorher, ehe er ans Ruder kam, von obligatorischer Armenpflege gesprochen hat? Was hilft es, daran zu erinnern, daß die seit 14 Jahren herrschende Linke des Parlaments, die ursprünglich die Regierungsführung im Namen der Volksinteressen eroberte, trotz ihres zeitweisen Lieblinges mit den Republikanern der äußersten Linken, nur dieselbe Politik treibt, wie die früher so verhasste gemäßigte Partei, die übrigens in ihrem Ruhe zu Hause war, und daher auch konsequent und ohne Gaukelei arbeitete? Wenn die für „Ideale“ schwärmenden Ultraliberalen und Radikalen noch immer von einer parlamentarischen Politik nach vermeintlichem englischen Muster sprechen und träumen; wenn sie nicht einsehen wollen, aus welchen tiefgreifenden Gründen die Regierung seit Jahren schon mit einer je nach Tagen und Wochen zusammengebrachten Majorität sich auflöst, so beweist das nur, daß die sozialen Grundfragen der italienischen Politik dem Gesichtsfelde solcher leichtfertigen Kritiker abseits liegen. „Wenn wir oben wären“ — das ist das Aushängeschild der liberalen Großsprecher, was den Idealismus so oft zur Heuchelei stempelt.

Italien befindet sich seit einigen Jahren in dem historischen Moment des erst anhebenden industriellen und ländlichen Großbetriebs, und die Regierungspolitik, von welcher Seite der früheren patriotischen, liberalen und radikalen Parteien sie auch ausgehe, steht naturgemäß wendend unter dem Einflusse des sich erst bildenden Kapitalismus. Verschiedene Umstände verschlimmern die Lage der Dinge noch. Der Kapitalismus hing lange Zeit und hängt noch jetzt vom Auslande ab, so daß die Ausbeutung doppelt drückend und doppelt empfindlich ist. Die politische Stellung Italiens den fremden Mächten gegenüber hat zu einem wahnwitzigen Militarismus geführt, der im argen Kontrast zu der ökonomischen Leistungsfähigkeit des Landes steht. Die schwindelnden hohen Ausgaben für Meer und Flotte haben die ökonomische Noth des Landes nicht nur größer gemacht, sondern, was noch fühlbarer ist, in grelle Finanzunsicherheit umschlagen lassen. Nun erst bildet sich ganz naturgemäß und so unbemerkt, durch geschickte Be-

mungung der ökonomischen und finanziellen Lage, die ächt-moderne Bourgeoisie, für welche Chauvinismus, Patriotismus und parlamentarische Politik nur gute Dinge und passende Ausbeutungsfelder sind.

Aus dieser neuen Sachlage, für welche die Fortschrittler und Menschenfreunde von ehedem in ihrem Pathos keinen Sinn haben, ist es zu erklären, daß die früher in Italien so sehr vernünftige Sozialdemokratie sich nun erst aus dem unbestimmten Etwas des doktrinalen Radikalismus herauszuwinden anfängt, d. h. daß eine selbstbewusste Arbeiterpartei sich bildet, um mit klarem und vollem Klassegefühl ins Feld zu ziehen. Auflösung des Alten und Sähen des Neuen!

Was Wunder, daß in solcher unklaren Uebergangsperiode das neue Strafgesetzbuch die Strafe gegen die Streiks beibehält! Und daß das neue Polizeigesetz die Bettler auf eine fogenannte Armenunterstützung verweist, für welche keine Organe und keine Fonds existieren! — Was Wunder, daß es bis jetzt unmöglich war, ein Gesetz über die Haftpflicht durchzuführen; daß der obligatorische Volksunterricht todtes Wort bleibt! Was Wunder endlich, daß während die Agrarier im Parlament gern neue Schutzdolle für sich erlangen möchten, die Arbeiter, die vom Sozialismus angehaucht sind, so gerne von Revolution sprechen?

Am 11. vor. Mts. und die drei folgenden Tage hat in Rom ein vielbesuchter Kongreß der parlamentarischen politischen Demokraten getagt zu dem Zwecke, ein Programm für die nächste Wahlbewegung auszuarbeiten. Darüber ärgerten sich sehr, einerseits die „ächten“ Republikaner, die in solchen Parlamentariern nur abgefallene Revolutionäre sehen, und andererseits Herr Crispi, der in solchen Possibilisten die Nachahmer seiner Laufbahn mittelt, wenn er auch den Kongreß durch bewaffnete Carabinieri bewachen ließ, und in der darauffolgenden parlamentarischen Debatte sich die Miene gab, die bedrohten Institutionen der Gesellschaft zu retten. Item, das zukünftige Programm unserer Demokraten wurde ausgearbeitet. Es ist viel Gutes darin zu finden, besonders in finanzieller Hinsicht. Das Programm kreist auch das Gebiet der sozialen Fragen und verspricht Vieles, sogar den normalen Achtstundentag, was eigentlich bei den jetzigen italienischen Verhältnissen nur eine geänderte Uebereilung ist. Die Sozialdemokraten haben sich scharf und bündig gegen die erhoffte Stellung der Arbeiterbewegung unter die Führerschaft der politischen Radikalen ausgesprochen, und die oberitalienische Arbeiterpartei hat bei dieser Gelegenheit kurz und bündig erklärt, sie sei keine politische Partei und hoffe und erwarte gar nichts von der Bourgeoisie.

Gute Anfänge, wenn nicht harte Thatsachen und schlimme Korruptionsmittel da wären, die vor Selbstauschungen warnen, wie folgende Beispiele zeigen!

Man hat in Rom bekanntlich in den letzten Jahren viel gebaut. Der Bauschwindel war, wie in allen großen Städten, unvermeidlich, und die daraus folgende Baukrise war auch unvermeidlich. Sie wurde vor zwei Jahren offiziell angekündigt, und wie früher große Unternehmer die Kleineren verschlungen hatten, so verschlang schließlich die Finanz viele unter den größeren. Die Krise unter den Kapitalisten brachte die Arbeitskrise mit sich. In ungeheurer Zahl waren die Arbeiter aus allen Punkten Italiens nach der Hauptstadt gezogen worden, und die rühige Masse gab lange Zeit hindurch dem Genossen Costa reiche Gelegenheiten zu einer einbringlichen sozialistischen Propaganda. Die Arbeitskrise endete mit dem famosen Kravall vom 8. Februar vorigen Jahres; und seither hat die Regierung auf sehr einfache Weise und durch Polizeimittel die Hauptstadt von Tausenden und Aber-tausenden unruhiger und lästiger Menschen „gesäubert“. Wie kommt es nun, daß sehr wenige unter den einheimischen, an-sässigen Arbeitern und Handwerkern für die ausgewiesenen und verfolgten Klassengenossen Interesse zeigen? Die Mehr-zahl, noch nicht von der Selbsterfahrung gewöhnt, ist noch in der Täuschung der Selbsthilfe befangen! Einige machen jetzt die Periode der Genossenschaftsillusionen durch. Bürgerliche Politiker unterstützen alrrorts höchst bereitwillig die Produktivgenossenschaften, die, als Ventil gegen die ächtproletarische Bewegung, durch ein längst geschaffenes Begünstigungsgesetz gefördert werden. Bis zu der Summe von hunderttausend Franken dürfen sich die Genossenschaften um die öffentlichen Arbeiten bewerben, ohne die Garantien bieten zu müssen, die man sonst von den Unternehmern fordert. Dieses neue Gesetz ist im vorigen Jahr zugleich mit dem ausgedehnten Municipalwahlrecht in Kraft getreten, und an vielen Orten spielte man mit Arbeitervertretern und mit Arbeiterkandidaten, wie man mit Puppen spielt!

Diese traurigen Thatsachen dürfen nicht verschwiegen werden, und sie brauchen auch nicht erschwiegen zu werden, da ihnen anderwärts Erscheinungen gegenüberstehen, die als Vorzeichen des Besseren anzusehen sind. Wenn die Sektionen der oberitalienischen Arbeiterpartei, der Beschlüsse des letzten Arbeiterkongresses in Bologna gemäß fest entschlossen sind, bei der nächsten Municipalwahlen mit eigenen Kandidaten ins Feld zu ziehen und dem ausgesprochenen Klassenkampf Ausdruck zu geben: — wenn man sie, wie die Maurer in Asti sich

nur durch eigene Mittel einen besseren Tarif erkämpft haben, und wie die Väter in Mailand, in Livorno und in Turin mit gesunder Taktik für die Abschaffung der Nachtarbeit sich tüchtig schlugen, so darf man getrost behaupten, daß eine proletarische Kraft schon vorhanden ist, die früher oder später der Bourgeoisie Front bieten wird. Vor Kurzem fand in Ravenna eine Konferenz statt, auf der die Delegirten der Genossenschaften aus der Romagna und Emilia die Gründung einer Liga besprochen. Als Aushülfe schon ein Schritt weiter.

Auch ein Mittel, von dem die Gegner die Niederhaltung des sozialistischen Geistes erhoffen, ist das Aufspielen der Regierung als einen Arbeitgeber, der die Proletarier beschwichtigen soll. Als in Ravenna und Imola die doppelte Wiederwahl des Genossen Costa erfolgte, erklärten einige ministerielle Zeitungen ganz unverholen, die Regierung habe die Pflicht, sich der Romagna durch Protektion der Unzufriedenen zu bemächtigen. Neulich behauptete der Halbbrüder Baccarini, der auch Ravenna im Parlament vertritt, in einer politischen Rede, der echte Vertreter der öffentlichen Sicherheit sei der Minister der öffentlichen Arbeiten; und der Unterstaatssekretär Fortis prahlte im Parlament mit der Versicherung, die Arbeiter auf Staatskosten seien in seiner Romagna um das Doppelte gewachsen, seitdem er im Dienste der Regierung stehe. Diese verkehrte Form von Staatssozialismus, diese kleinbürgerliche Vermodellung des Rechtes auf Arbeit hat sich auch wieder bei den neulichen Unruhen von Conselice bewähren müssen.

Es ist aus allen Zeitungen schon bekannt, wie die armen Arbeiterinnen in den Reisfeldern des Marchese Massari in Conselice, einer Landgemeinde an der nördlichen Grenze der Romagna, um die Erhöhung des Tagelohns von 65 Cents auf 1 Franken streikten. Die mühsame und die Gesundheit so sehr schädigende Arbeit dauert von 5 1/2 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends. Es scheint, daß der abwesende Marchese gerne in die Erhöhung eingewilligt hätte, und es ist unerklärlich, wie der Verwalter sich schroff dagegen erklären konnte. Da zur Zeit in Conselice die Gemeindevertretung aufgelöst ist, trat der interimistische königliche Kommissar dazwischen, um den Streik zu schlichten, und unterstützte die Unbeschäftigten mit Mehl und anderen Versorgungsmitteln. Gleichzeitig wurde Militär requirirt. Am 21. vorigen Monats sammelten sich 500 streikende Arbeiterinnen und 200 unbeschäftigte Tagelöhner, die herbeigelaufen waren, auf dem Platz von Conselice, um eine Delegation an den Kommissar zu entsenden. Es kam zu einem Tumult und schließlich ließ der kommandirende Lieutenant der Carabinieri, von einem Steinwurf getroffen, seine Mannschaft und eine Linienkompanie auf die unbewaffnete Menge feuern. Zwei Frauen und ein Mann fielen sofort, und einundzwanzig blieben stark verwundet, wenn es nicht noch mehr waren, denn viele der Verwundeten haben sich gekühdet. Bis jetzt ist die traurige Geschichte nicht in allen Punkten klar, da die Regierungsenquete bis jetzt das Licht der Oeffentlichkeit vermieden hat. Aber sofort trat der Staatssozialismus in die Arena. Auf Anregung der lokalen Deputirten ordnete der Minister der öffentlichen Arbeiten, Finotti, der auch aus der Romagna gebürtig ist, telegraphisch die Angriifnahme verschiedener Arbeiten an.

Mit solchen Verhältnissen hat die Sozialdemokratie in Italien zu rechnen. Ausländische Genossen, denen dieselbe nicht bekannt ist, können daher leicht in die Gefahr gerathen, zu hoch oder zu niedrig von der italienischen Arbeiterbewegung und vom italienischen Sozialismus zu denken. Sie seien vor Beidem gewarnt.

Kapitalistische Raubthiere.

Aus Hamburg wird uns geschrieben:
„Wie macht man eine Revolution?“ — Der harmlose Leser ist erlaucht ob dieser Frage, deren Erörterung altösterreichische Verschwörer-Konventikel vorproletarischen Angedenkens zu beschäftigen pflegte. Tempora mutantur. Nur eine Revolution kann uns noch retten, wie ist ein Putsch zu Stande zu bringen? Dieser Auf erschallt heute aus den Reihen unserer Bourgeoisie, auf's eifrigste verübt in Wort und Schrift. „Millionen für einen Putsch, daß die Finke blüht und der Sichel hant!“ Und der Apportirhand der „Bildung und Besitz“ vertretenden Klasse, die Polizei, ist denn auch mit einem Raffinement, das man ihrer Beschädelnatur gar nicht zutrauen sollte, bemüht, des Räthfels Lösung zu ergründen und „das Erforderliche zu veranlassen.“ Wästen wir nicht von unserer Arbeiterkraft, daß sie, um mit Fr. Engels zu reden, gelernt hat, Gewehr bei Fuß im Augenblicke auszubarren, bis der Zeitpunkt zum Ausfeldrücken gekommen, so würden wir es unbegreiflich finden, daß sie die schmachvollen Provokationen, die ihr in den letzten Wochen geboten worden sind, sich so ruhig hat gefallen lassen. Ja, ihr habt Euch verspekulirt, ihr guten Leute! Wutherglimmt wird zwar die Hamburger Arbeiterkraft alle eure nichtswürdigen Hebelstößen sich ins Gedächtnis einprägen, aber Euch zu Gefallen zu rebelliren, das wird sie nicht thun.

Es verdient jedoch, namentlich bei den außerdeutschen Genossen, bekannt zu werden, was Alles in Deutschland, und zwar in der Stadt mit der selbstbewusstesten Arbeiterschaft, zur Zeit, wo die „Sozialreform“ in Blüthe steht, noch möglich ist. Man redet kaum noch weiter davon, daß, wenn eine Gewerkschaft in einem Auslande eintritt, die Leiter der Bewegung sich von der Polizei eublose Platonien und Haus-suchungen gefallen zu lassen haben. Auch fällt's nicht weiter auf, daß wenn ein Streikender einen Streikbrecher nur anspricht, er ohne viel Redens auf Monate eingekerkert wird. Einige Bruchtheilungen verdienen aber doch, vor der ganzen proletarischen Welt an den Pranger genagelt zu werden.

Gradeu rasend geworden ist unsere Bourgeoisie durch den Streik der Gewerführer. Diefem Gewerbe liegt es ob, den größtentheils auf dem Wasserwege vor sich gehenden Transport der Kaufmannsgüter vom Hafen nach den Speichern zu vermitteln; sie sind gewissermaßen die Träger der Blutcirculation im Hamburger Handel. Und nun droht der Handel! G. E. Kaufmann wurde wild. Es gibt kein abscheulicheres Mordthäter, als ein Krämer, dessen Geschäft nicht gehen will, sagt seine irgendwo. Und nun unterfing sich der Arbeiter, um sich eine Vertiefung der Arbeitstage auf — man höre — 12 Stunden zu erzwingen, in's Allerbesten, was es auf Erden gibt, störend einzugreifen. War schon am Tage nach der Wahl es von den Hamburger Nachrichten als das Geheime hingestellt worden, die Arbeiter durch systematische Belästigung schnellstens zum Aufstand zu treiben — jetzt, wo das Schlimmste von ihnen verübt worden war, blieb in den Augen der Bourgeoisie thatsächlich nichts anderes übrig, als ein schneller Schlag, durch den die ganze Bewegung gewaltig gelähmt werden könne. Die weitaus so hohen Bürger der freien Hansestadt sind geistig total auf den Bis marck gekommen. Hül Polizei! war die Parole. Wo ein Streikender einen der importirten Streikbrecher auch nur schief ansah, wurde er eingestekt und — pfuf der Schande — gleich einem Raubmörder gebunden und mit einer Nummer auf der Brust für's Verbrecheralbum photographirt. Es half nichts. Die Polizei drang ins Bureau der Streikkommission ein, verlegte die Schranke, stahl eine Kasse, welche 120 Mark Krankenunterstützungsgelder enthielt, und nahm den Streikführer mit sich. Man hat sich vergebens bemüht, einen Grund zu entdecken, wesshalb die Gefangenen, etwa 70 an der Zahl, angeklagt werden konnten. Kein Paragraph in dem an Sclavingen und Fesseln so reichen Strafgesetzbuch ließ sich ausfinden. Jetzt verlautet bestimmt, daß die Anklage gegen den Kassirer, wie gegen eine Reihe seiner Genossen auf — „Begünstigung“ — lauten werde, weil sie von anwärts herangeholte Ersatzkräfte durch Geldunterstützung zur Arbeit bewegen haben!

Bisher wurde Sachsin die Palme in der Gefangenschaft zuerkannt, wer toll leugnen, daß unsere Hamburger Justiz-Louis ihm weit über find?

Die hiesige Arbeiterschaft zittert vor Wuth — bedauernd, daß ihre Stunde noch nicht geschlagen hat.

Der Streik der Gewerführer ist verloren. Fünftwöchentlichen Hunger, alle Polizeischreiereien haben sie ertragen, aber es war ihnen nicht möglich, sich der in immer stärkerer Jährl herangeschleppt und von der Polizei bewachten fremden Ersatzkräfte zu erwehren. In einer am letzten Dienstag abgehaltenen Versammlung blieb ihnen angehängt dieser Lage nichts übrig, als zu beschließen, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Mit welchen Gefühlen die Gewerführer wieder in's Joch gegangen sind, das zu schildern bleibe mir erlassen. Die Unternehmer schrien den Wiederangeworbenen vor, ihren Austritt aus dem Verein zu erklären. Nun, die Gewerführer sind in ihrer Organisation fest genug erprobt, um ohne Schaden für ihr Solidaritätsgefühl, auf die Solidarität der Arbeiter auch dieser Frechheit der übermüthigen Ausbeuter sich zu beugen.

Auch einige andere Streiks sind erfolglos verlaufen. Am 18. Mai bereits haben die Werft- und Metallarbeiter die Arbeit wieder aufnehmen müssen. In diesen Tagen ist der Materieteil nach einem nur theilweisen Erfolg vor beendet erklärt worden. Unverändert dauert der Ausstand sämmlicher Bauhandwerker fort. Bei der Klassenbewegung dieses Jahres war voranzufehen, daß eine Anzahl dieser Ausstände verloren gehen würde.

Als die Unternehmer durch ihre Mafel zur Maffier diese Bewegung provozirten, wußten sie dies wohl und können, wenn ihre kühnen Hoffnungen auch unerfüllt geblieben sind, zum Theil doch triumphiren. Das heißt, inwieweit sie nicht selber in's Proletariat hineingeschleudert worden sind. Die alte Geschichte. In ihrer Blindheit folgen die kleinen Unternehmer dem Großkapitel und fallen, zur Freude desselben, um wie die Fliegen. Die kleinen Arbeiter hatten sogar für den Spott der Großkapitalisten nicht zu sorgen. An der Börse wurde zu ihrer Unterstützung eine Subskription eröffnet, welche ganze 60,000 Mark einbrachte — ein Schlag in's Gesicht!

Doch überlassen wir sie ihrem Schicksal. — Die Streiklassen der Gewerführer waren mit wenigen Ausnahmen ungenügend gefüllt; die sonst gewohnte Unterstützung seitens der arbeitenden Hamburger Genossen fehlte, da es solche kaum gab, verhältnißmäßig gering, trotzdem Jeder das Menschlichste leistete und selbstredend noch leistet. Und gerade jetzt sind noch viel, sehr viel Opfer erforderlich. Bis jetzt hat sich die Hamburger Arbeiterschaft selber gehalten, doch glaubt sie, wo es noth thut, mit Erfolg auf das Solidaritätsgefühl der auswärtigen Genossen rechnen zu können.

Genossen allerorts, im In- und Auslande! Seitdem es eine moderne Arbeiterbewegung gibt, haben die Hamburger Arbeiter gezeigt, daß sie das Wort Solidarität voll und ganz erfasst haben. Mit Recht können wir sagen, daß, wo sich Leidensgenossen im Kampf gegen den Kapitalismus erhoben, wo es galt, für die Propaganda unserer Ideen Unterstützung zu suchen, man nach Hamburg blickte, und der Hamburger Arbeiter hat gern und reichlich gegeben. Jetzt ist's an Euch, Genossen, ein Gleiches zu thun!

Vor allem bei den Gewerführern, den Werft- und Metallarbeitern, sind Hunderte von Proletariaten zu unterstützen, Familienväter, die auf Monate hinaus keine Arbeit bekommen werden.

Ferner werden die ausständigen Bauhandwerker, viele Tausende an der Zahl, in den nächsten Wochen der Hilfe dringend bedürftig sein. Wo es Euch möglich ist, Genossen, da geht, geht so schnell und reichlich Ihr thut, vor allem aber, und diese Mahnung richtet wir namentlich an die deutschen Arbeiter, vor allem aber haltet den Zug an. Kein Arbeiter darf in den nächsten Monaten seinen Fuß nach Hamburg setzen! Es gilt einen Kampf um unser werthvollstes Gut, um die Organisation! Siegen die Kapitalisten auf der ganzen Linie, können sie uns den Fuß völlig auf den Nacken legen, so wird auch anderswo die Bourgeoisie frecher ihr Haupt erheben, und der Rückschlag wird, wenn auch nur vorläufig, allerorts von den Arbeitern empfunden werden.

Jetzt, mitten im Kampfe, ist's nicht an der Zeit, zu untersuchen, inwieweit und ob überhaupt die Arbeiter es hätten verhindern können, daß die Bewegung diese Ausdehnung gewonnen hat. Guter späterer Gelegenheit sei eine Erörterung darüber vorbehalten. Ebenfalls, welche Lehren wir für die Zukunft daraus zu ziehen haben.

Bitter oder täuschen sich unsere Feinde, wenn sie glauben, durch ihre unersättlichen Verlangen an die Unterjochten, aus ihrer Gewerkschaft auszuschneiden, die Bewegung überhaupt erlösen zu können!

Mag ein Rückschlag für manche Gewerkschaft kommen, mag der Kapitalist, kleinlich wie er ist, jetzt sein Muthmaßliches, seine Feinde wird von sehr kurzer Dauer sein. Der Hamburger Arbeiter hat gelernt im Kampf, und wenn irgendwo, so sind wir heute von der Nothwendigkeit einer kräftigen Gewerkschafts-Organisation durchdrungen. Schneller, als unsere Gegner denken werden, werden wir unsere Reihen wieder geschlossen haben und den Kampf wieder und wieder beginnen, bis wir die aufsteigende noch so feste Burg des Kapitalismus mit Sturm genommen haben! G. u. m. e. l.

Wir hoffen, daß dieser Appell von einer Seite, die bisher nie gefordert, sondern immer nur gegeben, allseitige Beachtung findet. Um auch unersättlich den wackeren Hamburgern, deren Verdienste um die deutsche Arbeiterbewegung nicht hoch genug geschätzt werden können, einen Beweis unserer Solidarität zu geben, haben wir heute die Summe von 1000 Mark an sie überwiesen. Möge dieselbe — eine Niederstammung, kein Geschenk — mit dazu beitragen, daß die Scharte, die kapitalistische Brutalität den Hamburger Arbeitern geschlagen, bald wieder ausgewetzt werde.

Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Warum die Russen Bomben fabriziren.

Ob und inwieweit die in Paris verhafteten Russen wirklich sich mit der Bombenfabrikation abgegeben haben, ist durch die gegen sie eingeleitete Untersuchung noch nicht genügend festgestellt, um es in diesem Blatte als Thatsache zu behandeln. Fest steht nur, daß Einige von ihnen Experimente mit chemischen Substanzen vorgenommen haben, die in gewissen Zusammenstellungen eine explosive Wirkung ausüben. Aber angenommen, sie hätten wirklich Bomben hergestellt, und zwar in der Absicht, dieselben später in Rußland zu verwenden, so verwenden, wäre dies zu verwundern? Könnte man ihnen, abgesehen davon, was man etwa vom Zweckmäßigkeitsstandpunkt gegen die terroristische Taktik im Allgemeinen und das, was die betreffenden Russen in Paris gethan oder auch unterlassen, in Besonderen einzuwenden hätte, könnte man ihnen, wiederholen wir, grundsätzlich einen Vorwurf machen, moralisch den Stab über sie brechen?

In der vom Berliner Polizeipräsidenten, unter Verschweigung des vollen Titels, verbotenen Broschüre „Trug-Eisenstein“ wird diese Frage eingehend behandelt. Wir bedauern, die betreffende Stelle Raummangels halber nicht ganz hier abdrucken zu können, wollen aber wenigstens einige Auszüge hier folgen lassen, die zugleich als Probe des fesselnden, packenden Stils dienen mögen, in dem diese, trotz ihres Titels durchaus zeitgemäße Broschüre durchgängig gehalten ist.

„Stelle der jahnsthe deutsche Spielbürger sich vor: er äußert am Birchensässchen oder in einer Gesellschaft, es sei doch wünschenswerth, daß der Staatsbürger, der die Steuern bezahlen muß, auch über deren Verwendung zu entscheiden habe — auf dem Heimweg wird er von ein paar schamigen Hallunken überfallen und nach der Polizei geschickt; er will sich beschweren, und bekommt nur Pöffe; wird von einem höheren Beamten wie ein Hund angefahren; von einem halb Duzend niederen Beamten wie ein Hund durchgepeitscht; mit dem Kopf voran in irgend ein dunkles Loch gestochen, wo er auf den Steinen und im Roth sehen mag, wie er die Nacht zubringt; und den andern Morgen von ein paar schamigen Hallunken — die Beamten und schamigen Hallunken sind dieselben Personen — wie ein Schlachtopfer in einen Karren geworfen, fortgeführt mit dem ein deutscher Bauernwagen ein Luxusartikel ist; und fort geht's — Tag und Nacht, Tag und Nacht; — die Spuren menschlicher Wohnungen werden seltener und seltener — endlich hält der Karren in irgend einem ruppigen, schamigen Nest — der Bestimmungsort ist erreicht: Sibirien. Jetzt, denkt der so Traktirte, sei es doch Zeit, ihm wenigstens zu sagen, warum diese schenliche Behandlung, diese Zwangsreise. Ein Wau mit der Krante ist die Antwort. Aber der „Verdächtige“ ist — wenn er Glück hat — frei; nur darf er das ruppige, schamige Nest nicht verlassen, sonst — das ist die einzige Anstalt, welche der „Gouverneur“ ihm zu ertheilen die Gewogenheit hat — sonst wird er todtgeschossen wie ein toller Hund, — alle Soldaten haben geladene Gewehre und die strikteste Weisung, jeden „Verdächtige“, der über das Weichbild hinaustritt, ohne Warnung sans façon zusammenzuschallen.

Viele darf der „Verdächtige“ nicht schreiben — außer auf besondere Gnade; und dann werden sie meist nicht abgelandt. Frau und Kind, Verwandte und Freunde erfahren also Nichts! Die Polizei hat Besseres zu thun, als sich um derartigen Familienquart zu kümmern. Und wie nicht in Rußland? Sie mögen errathen, was geschehen ist — und werden es auch wohl.

Jahnsthe deutscher Philister — also jahnsthe Philister des Landes der jahnsthe Philister — stelle Dir vor, das sei Dir passiert!

Was würdest Du thun?

Die Hallunken verfluchen, die Dich überfallen haben?

Die Hallunken sind Beamte des Staates und vertreten die Majestät des Geistes?

Und wie verfluchen? Geheht den Fall, es gäbe ein unabhängiges Gericht, dem Beamtenübergriffe zu unterbreiten wären, was ineb nicht der Fall — wie eine Klage andringen?

Die Hallunken, die Dich verhaftet, behalten Dich in ihrer Gewalt, bis Du in Sibirien bist. Und dann nehmen Dich andere Hallunken in Empfang.

Du beschwore Dich bei dem ersten besten höheren Beamten, der Dir zu Gesicht kommt. Er läßt Dich durchprügeln.

Jahnsthe der Philister, was würdest Du thun?

Thun? Nichts, denn Du bist absolut ohnmächtig; aber so wahr Du einen Tropfen Blut im Leib und ein Härlchen menschlicher Natur hast, wirst Du schwören, den Hallunken, der Dir so schändlich mitgespielt, und den Oberhallunken, die Deiner Ansicht nach dafür verantwortlich sind, die Sache einzutreiben.

Und so ficher Du Anspruch auf den Namen Mann hast — selbst eines deutschen Mannes, — wirst Du, wolle Dir die Möglichkeit geboten werden, Deinen Schwur halten.

Wohlan — in Deutschland sind wir nicht mehr so weit, oder auch noch nicht, denn gewisse Leute gehen sich alle Mühe, uns so weit zu bringen — in Rußland sind das alltägliche Vorkommnisse.

Alltägliche?

Alltägliche!

Dreihigtausend in 5 Jahren! Und jetzt geht's fast noch toller. Welche Summe von Hoff, von Nothleid muß da erwachsen! Die meisten der Opfer gehen freilich hullos verloren: sie sterben, verderben. Sie werden zu Drei zerstampft, so daß von Ansehen, von Selbsthülfe nicht die Rede sein kann.

Aber Dieser und Jener entwischt! Dieser und Jener hat einen Freund, einen Sohn, der das schmachvolle Verbrechen ahnt, und es zu sühnen gelobt.

An wen soll er sich halten?

An die schamigen Hallunken, die des unglückliche Bild überfallen und abgefangen?

Wer hält sich an den Adler, der ihn an die Boden geholt worden ist? Man schüttelt den Adler ab und reißt dem Fexer an den Leib. Die schamigen Hallunken sind von etwas sauberen Hallunken commandirt und diese wieder von etwas sauberen (außerlich), und so von Stufe zu Stufe hinauf, bis zum Chef der dritten Abteilung, zum Polizeiminister. In dessen Hand vereinigen sich die Fäden, durch welche die ganze Wachsamkeit der Gewaltthätigkeiten in Bewegung gesetzt wird. Er ist verantwortlich.

Trepow, Welensow, Drenteln sind verantwortlich gemacht worden. Jahnsthe der jahnsthe Philister, wunderst Du Dich?

Der Jar, den selbst der Nihilismus bis dahin als Vertreter des Staates ansah und über solche Justizten erhoben glaubte, wurde nicht verantwortlich gemacht.

Aber der Jar übernahm selbst die Brantwortlichkeit.

Statt dem unterdrückten mißhandelten Recht beizustehen, deckte er alle Missethätigkeiten mit seiner kaiserlichen Verantwortlichkeit. Die nothwendige Folge blieb nicht ad.

Die Selbsthülfe wandte sich gegen die Person des Jaren.

War es anders möglich?

Jahnsthe der jahnsthe Philister, was Du so behandelt wirst, wie wir schon anmalen, und wenn der schamige Hallunke, der dich abfängt, Dir sagt: der Herr hat es befohlen! und wenn der höhere Polizeibeamte, der Dich durchprügelt, Dir sagt: der Jar hat es befohlen! und wenn die schamigen Hallunken, die Dich in die Kiste warfen, Dir sagen: der Jar hat es befohlen! —

Wenn alles Unrecht, alle Schmach, alle Mißhandlungen, mit denen Du überschüttet wirst, auf Dich gehau werden im Namen des Jars, und wenn Dir jede, jede Möglichkeit abgeschnitten ist, Dir Recht zu verschaffen, Deine Namenswürde zur Geltung zu bringen?

Wenn zwischen Dir und dem Jar Jemand steht, an den Du Dich halten kannst, den Du verantwortlich machen kannst?

Wirst Du dann selber und kriechend sein, als der Wurm, der sich gegen den Fuß anhäuft, welcher ihn zertritt? Oder wirst Du zur Selbsthülfe schreiten?

Bist Du unter dem Thier? Ob: bist Du ein Mensch?

Kein Zweifel, es ist entsetzlich, wenn der Mensch das Blut des Menschen verpestet. Aber wer trägt die Schuld, daß es dazu gekommen ist? —

Wir sprechen bis jetzt von Selbsthülfe.

Die Nihilisten nennen sich Volksheder der Volksjustiz. Haben sie Recht? Kann die Selbsthülfe nicht zur Volksjustiz werden? Wir Deutschen haben in unserer Geschichte das schlagendste Beispiel. Zur Zeit, wo die Befreiungsthat ihr Gipfel erreicht hatte, und das

Recht bei keiner Regierung, bei keiner „legitimen“ weltlichen oder geistlichen Behörde Schutz fand, da nahm das Volk die Vabrung seines Rechts selber in die Hand, sprach Recht und führte den Mafferspruch aus.

Und die Schwere brachte das Recht wieder zur Geltung — der Schrecken der Freveler, ist sie bis heute der Stolz des Volkes.“

Sozialpolitische Rundschau.

London, 11. Juni 1890.

— Aus Deutschland wird uns geschrieben:

Alle Vergleiche hinken, und in ganz besonderem Grade gilt das von den geschichtlichen Vergleichen. Der alten Weisheit des Salomo, daß nichts Neues unter der Sonne, welche abgedroschene Weisheit durch das „Alles schon dagewesen“ des Ben Alka nur noch abgedroschener gemacht worden ist, steht die Thatsache gegenüber, daß in der Geschichte sich nichts wiederholen kann und daß äußerlich ähnliche Vorgänge aus verschiedenen Zeiten doch innerlich von einander verschieden sind. Trotzdem gibt es Ereignisse und Perioden, die mit andern Ereignissen und Perioden eine so frappante Ähnlichkeit haben, daß sie zum Vergleich förmlich herausfordern. Solche Perioden sind zum Beispiel diejenigen der Auflösung veralteter Gesellschafts- und Staatsformen; und die Ähnlichkeit erklärt sich daraus, daß die Gelege des Auflösungsprozesses die gleichen sind, so verschieden auch die der Auflösung verfallenen Organismen sein mögen. Die altheidnische Welt des Griechen- und Römertums — beides ist ja nicht von einander zu trennen — ist ebenso grandioser als die der modernen Bourgeoisiewelt, wie das Christenthum vom Sozialismus, und doch hat die Art und Weise, in welcher sich zu Anfang der sogenannten christlichen Aera die Auflösung des römischen Weltreichs vollzogen hat, in vielen wesentlichen Punkten eine geradezu verblüffende Ähnlichkeit mit der gegenwärtigen Geschichtsperiode, welche die der Vernichtung der Bourgeoisiewelt durch den Sozialismus ist.

In beiden Perioden eine allgemeine Unzufriedenheit, eine allgemeine Unsicherheit — Konzentration übermenschlicher Macht in die Hand einzelner Personen, das persönliche Regiment auf die schwindelnde Spitze getrieben, die Kamen und damit verbundene bestige Schwankungen, welche Eigenthümlichkeiten des persönlichen Regiments sind — höchstes Raffinement auf der einen, barbarischste Rohheit auf der andern Seite — meteorenhaft aufstauende, meteorenhaft verschwindende „große Männer“ — allmächtige Kaiser, allmächtige Kaiserinnen — Kaiserin-wahnsinn und sonstigen Geisteswahn — Kultus der Gewalt — höchste Konzentration der Macht Hand in Hand mit der Auflösung aller Macht-faktoren — grelles Licht, blendender Glanz, aber das phosphoreszirende Glänzen und Leuchten der Fäulnis — Verhöhung und der Ideale, Um-drehung der Moralbegriffe, organisierte Heuchelei und Korruption — wahnwinniger Veronenultus — tolles Jagen nach Gold, schamlose Räuberei — wachsendes Miftrauen, — immer breitere Klüfte zwischen den verschiedenen Klassen der Bevölkerung, immer heftigerer Appell an die niedrigsten und rohesten Instanzen. Das Rom des Jätor, des Augustus, des Tiberius, des Nero bietet uns tausend Parallelen mit dem modernen Frankreich und Deutschland der aufgewählten Kaiserzeit. Wir beschränken uns auf diese beiden Länder, weil in ihnen der Verfall der bürgerlichen Welt am Gründsten, die ihrer Geschichte entspringen, drastischer und anschaulicher von Statten geht, als in den übrigen Kulturländern. Der letzte französische Kaiser sah selber die Ähnlichkeit seines Empire mit dem römischen Kaiserreich und verglich sich in einem bekannten, seinen Namen tragenden Buch mit dem alten Original-Jätor — oder richtiger: Iteb sich mit ihm vergleichen, denn geschrieben hat er das „Welt“ nicht. Wer die Annalen des Tacitus, die Stauhaldrone des Suetonius durchliest, fühlt sich unwillkürlich in die Gegenwart versetzt. Die Namen sind andere — die Bismarck heißen Sejan, die Prätorianer sind auch heute die einzigen Stützen des Staates und der Monarchie, und sie unterscheiden sich in nichts Wesentlichem von den Soldaten der Aera und Tiberius, obgleich sie Kanonen haben statt Ballisten und mit Flinten schießen statt mit Bogen und Lanzen.

Das Prätorianerthum — um bei diesem Vergleichspunkte zu bleiben — war das verhängnisvolle Kind der Kaiserzeit; es verschlang den Schweiß des Landes und wurde überdall begünstigt und bevorzugt. Es war der Kocher de Brones, der nach Meinung der Kaiserin und ihrer Bewunderer für alle Ereignisse feistand, der aber in Wirklichkeit unter seiner eigenen Last zusammenbrach und das Kaiserreich mit sich in den Abgrund riß. Der Militarismus, um das Prätorianerthum bei seinem modernen Namen zu nennen, ist die Kräfte geworden, um welche der Klassenstaat sich dreht. Und jeden Tag muß diese Kräfte stärker, mächtiger gemacht werden — bis das Gewicht so groß ist, daß die Last nicht mehr getragen werden kann und der Sturz erfolgen muß. Aus einem Mittel ist der Militarismus Zweck geworden, der vornehmste Staatszweck. Und eine eigenthümliche Ironie der Weltgeschichte ist es, daß gerade das Haus Hohenzollern, das den Militarismus ins Leben gerufen hat, ihn jetzt zu so kolossalen Dimensionen ausdehnen muß, daß eine Katastrophe unvermeidlich wird. An dem Glib, mit welchem Du gelübt hast, sollst Du gestraft werden — laut das harte Bibelwort. Und wunderbar mühte es zugehen, sollte das Wort sich an dem Haus Hohenzollern nicht bewahrheiten.

Die neuesten Militärforderungen und die Ansichten, welche der Kriegsmiister in der Militärkommission eröffnet hat, haben einen wahrhaft panischen Schrecken in den weitesten Volkskreisen erregt. Selbst konservativste geben dies zu. Eine Rücknahme der Maßregel ist nicht mehr möglich; und so wird das Schicksal sich erfüllen. Durch den Militarismus sind sie groß geworden, am Militarismus werden sie zu Grunde gehen — das ist Remets.

— Kapitalanwälte, so sollte man von Rechtswegen die Herren nennen, die heute unschreibend Staatsanwälte betitelt werden. Staat und Kapital heben zwar in sehr engem Zusammenhang, aber sie sind doch nicht ganz dasselbe, und so erweist der Name Staatsanwalt bei naiven Gemüthern — und ach, wie viele gibt es deren noch — die Vorstellung einer höheren, vermittelnden, über die gesellschaftlichen Interessengegenstände erhabenen Institution. Ein Staatsanwalt — so glaubt mancher — vertritt das Recht um des Rechtes Willen, er wacht über die Befolgung der Gesetze, dem Staat, der Gerechtigkeit aller, nicht aber dem Hinz oder Kunz oder der Klasse der Hynze zu Liebe. Der Titel Kapitalanwalt würde dieser Illusion ein Ende machen. Jeder würde sofort wissen, wessert er sich von den Herren zu gewärtigen hat. Viele Enttäuschungen, viel überflüssige und zum Theil sogar schädliche Entrüstung nähme ein Ende. Heber einen Staatsanwalt, der die Gesetze lediglich gegen die Arbeiter anwendet, der sie zu diesem Zweck zu beugen sucht, wo er nur kann, entrüßt man sich. Das gibt unzufriedene Staatsbürger, nicht nur die Betroffenen, sondern auch Andere finden, der Mensch mühte, wenn es mit rechten Dingen zugehe, abgelegt werden. Von einem Kapitalanwalt würde dieselbe Handlung als selbstverständlich erscheinen. Der Mann hätte nur gethan, was seines Amtes ist. Niemand hätte ein Recht, darüber zu remonstriren.

Nehmen wir ein Beispiel. Berliner Zeitungen brachten in diesen Tagen folgende Notiz:

Von einer gewissen prinzipiellen Bedeutung war die Anklage wegen Hausfriedensbruchs, welche gestern vor der 6. Strafkammer gegen den Bildhauergehilfen Max Wagner verhandelt wurde. Er war zur Zeit der Ausstands-bewegung der Holzbildhauergehilfen; dieselben hatten beschloffen, nicht nur über die Bildfabrik von Pfaff die Sperre zu verhängen, sondern auch bei allen denjenigen Meistern die Arbeit niederzuliegen, welche für Pfaff weiter arbeiten würden. Der Angeklagte Wagner gehörte zu denjenigen Personen, welche es übernommen hatten, die Werkstätten von Zeit zu Zeit darauf hin zu revidiren. So war er auch in die Werkstatt eines Meisters gekommen, als letzterer nicht anwesend war und hatte sich Zutritt verschafft, indem er bei anwesenden Frau Meisterin erklärte, er wüßte nur mit einem der Gesellen zu reden. Die kurze Anwesenheit genügte, um dem Revisor zu zeigen, daß dort in der That für Pfaff gearbeitet wurde, und die

weitere Folge war die Einstellung der Arbeit. In gleicher Weise war der Angeklagte in die Werkstatt eines anderen Meisters gekommen; hier trat ihn aber der letztere bei seiner Rückkehr noch vor und komplimentierte ihn etwas anstandslos hinan. In diesem Zustande hatte die Anklagebehörde einen Hausfriedensbruch erlitten und, nachdem der Angeklagte vom Schöffengericht freigesprochen worden war, hatte die Staatsanwaltschaft die Verurteilung eingelegt. Sie vertrat auch in der Berufung den Standpunkt, daß in solchem Einbringen in die Werkstatt eines Fremden zu einem solchen Zwecke ein Hausfriedensbruch erlitten werden müsse, da dem Angeklagten bewußt sein mußte, daß ihn von den Inhabern der betreffenden Werkstätten unter den obwaltenden Umständen gewiß nicht die Erlaubnis zum Eintritt in die Werkstatt eines Fremden zu einem solchen Zwecke ein Hausfriedensbruch erlitten werden würde. Es würde doch sehr schlimm um die Arbeitgeber bestellt sein, wenn es jedem fremden Arbeiter gestattet sein sollte, in der Eigenschaft eines „Revisors“ in die Werkstätten zu kommen, um bei den Arbeitnehmern Unzufriedenheiten gegen die Arbeitgeber zu erregen. Die Berufungskammer schloß sich jedoch der Ansicht des Berufungsrates an. Sie sah darin an, daß in diesem speziellen Falle der Angeklagte in dem guten Glauben sich befunden habe, daß ihm der Zutritt zu den Werkstätten auch gestattet worden wäre, wenn die Besitzer anwesend gewesen wären. Es erfolgte deshalb Freisprechung.

Es fehlt in der Tat hier jedes Kriterium des widerrechtlichen Eindringens, das das Strafgesetzbuch als maßgebend für den Hausfriedensbruch ansieht. Mit dem Zweck des Betretens einer Wohnung z. hat das Gesetz nichts zu tun, und wenn der Zweck ein Mord gewesen wäre, wäre die Erhebung einer Anklage wegen Hausfriedensbruch unmöglich, sobald die Wohnung z. mit Bewilligung derjenigen Personen betreten wird, in deren Obhut sie sich zur Zeit befindet. Trotzdem bedingt der Anwalt einen Hausfriedensbruch, weil es sonst um die Arbeitgeber, d. h. die Kapitalisten, noch keiner Anklage sehr schlecht bestellt sein würde. Er gibt dem Hausfriedensbruchparagrafen eine neue Deutung im Interesse des Kapitalisten. Von einem Kapital-Anwalt ganz in der Ordnung — von einem Staats-Anwalt dagegen der reine Hohn auf den Begriff Rechtspflege, eine Zumutung im Gewande henschlerischer Gelehrtheit.

Zu den Unzufriedenheiten in Paris erhalten wir von einem Genossen folgende Zuschrift:

Sie haben in Ihrer letzten Nummer mit Recht das standalöse Vorgehen der französischen Regierung gegen die russischen Sozialisten und Revolutionäre verurteilt, und Sie haben ferner nur zu Recht, wenn Sie behaupten, daß auf die ministerielle Erklärung, die beschlagnahmten Papiere blieben bei den richterlichen Akten und kein Fremder würde Kenntnis von denselben erhalten, kein Mißtrauen zu geben ist. Neben dem von Ihnen angeführten Beispiel aus der Züricher Affäre möchte ich noch auf ein zweites aufmerksam machen, das fast noch gravierender gegen die Züricher, bzw. Schweizerischen Behörden spricht als das Erstere. Das radikale „XIX. Siècle“ hat eine Reihe von Enthaltungen über die verhafteten Russen gebracht, die es von einem höheren russischen Beamten haben will. Da heißt es u. A. von einem der Verhafteten, Orloff:

„Orloff sollte an dem Attentat vom Jahre 1889 in Petersburg mitwirken. Bei der damals verhafteten Sophia Gänzburg wurde ein Brief Orloffs gefunden, in welchem derselbe schreibt: Sie teilen mir mit, daß man mich in zwei Monaten brauchen wird. Ich habe mir das Nötige (Pah, Bomben z.) beschafft und werde jederzeit ganz in Ihrer Verfügung.“

Der Brief klingt mehr wie abentenerlich, und man könnte annehmen, daß entweder das „XIX. Siècle“ oder sein russischer Gewährsmann geäußert hat. Aber es ist doch nicht bloß Mißtrauen dabei — der russische Gendarmen-Oberst Popoff, der als Abgeordneter der gemeinen Polizei des Jaren in Paris eingetroffen ist, ist viel zu schlau, um Dinge zu behaupten, die ganz aus der Luft gegriffen sind. Es erhebt sich also die Frage, wie kommt die zarische Polizei zur Kenntnis des bei der Gänzburg in Zürich gefundenen Briefes, wenn nicht durch Verrat der oder doch eines Schweizerischen Beamten? Hoffentlich greift einer Ihrer Leser in der Schweiz die Frage auf, die wichtig genug ist, um gründlich untersucht zu werden. Und ich wiederhole mit Ihnen: „Wenn das am grünen Holz der Züricher Polizei geschehen konnte, wessen soll man sich da erst von der nach Petersburg schielenden Pariser Polizei versehen?“

Nun aber die Mehrzahl des Bildes. Die Disposition der maßgebenden Elemente in Frankreich zu allerhand Vebredigungen gegenüber dem Jaren, besonders wenn bei denselben nichts riskiert wird, ist eine bedauerliche Tatsache, aber sie ist eine Tatsache, die Jedermann kennt und die darum auch Jeder, der auf Zurechnungsfähigkeit Anspruch erhebt, bei seinen Handlungen in Betracht zu ziehen. Wenn aber von dem, was über die Affäre amtlich berichtet worden ist, auch nur die Hälfte wahr ist, so kann ich meine Verwunderung nicht unterdrücken, wie Menschen mit gesundem Sinnen so unverantwortlich leichtfertig handeln konnten. Es wird mir schwer, dies in Bezug auf Leute anzusprechen, die sich zur Zeit hinter Schloß und Riegel befinden, aber es muß nach meiner Ansicht ausgesprochen werden, weil es gradezu handgreiflich beweist, daß es sich hier ummäßig um eine ernsthaft revolutionäre Unternehmung gehandelt haben kann. Leute, die einen bestimmten Zweck im Auge haben, pflegen nicht in so kindlich-fohlischer Weise bei ihren Experimenten zu Werke zu gehen, wie es die verhafteten Experimentieranten getan, die sich um die Tatsache, daß es in Paris von russischen Spionen wimmelt, absolut nicht gekümmert zu haben scheinen. Und in der Tat, wenn es sich nur um die Sicherheit Wäterschens gehandelt hätte, so würde es auch ohne die Dazwischenkunft der Pariser Polizei bedürft haben. Aber es handelte sich um einen Schlag gegen das Nihilismus, gegen die Gesamtheit der politischen Flüchtlinge, gegen den ganzen „Rittismus“.

Ich spreche nicht grundlos über das Bombenfabrizieren z. Die russischen Zustände sind so ungesundlich, daß man eher geneigt ist, sich über die relative Seltenheit der Attentate als darüber zu wundern, daß überhaupt Attentate in Russland vorkommen. Außerdem haben wir Bestenfalls kein Recht, den Russen Vorschriften darüber zu machen, wie sie den heimischen Despotismus bekämpfen. Aber im Interesse derer, die wirklich kämpfen, sei es in Wort und Schrift, sei es Person gegen Person, glaube ich es rügen zu müssen, wenn in leichtfertiger Weise alle Nachrichten auf die allgemeine Lage außer Augen gelassen, die handgreiflichsten Tatsachen, man möchte fast sagen, in sträflicher Unbesonnenheit ignoriert werden.

Indes, die Dinge sind einmal geschehen und nicht zu ändern. Wir müssen vielmehr leben, den angerichteten Schaden wieder gut zu machen. Und in dieser Hinsicht hätte ich eine Bitte an Sie. Wie ich höre, ist das Gend unter den Verhafteten, von denen die meisten absolut nichts wider Experimentiererei zu thun haben, sondern theils auf Grund künftiger Demunziationen, theils auf Grund bloßen polizeilichen Ueberseifers ins Gefängnis gekommen sind, sehr groß. Die Freunde und Gesinnungsgenossen derselben thun ihr Möglichstes, ihnen zu helfen, aber die Leute sind selbst arm wie die Kirchenmäule, und trotzdem sie noch mehr hungern, als gewöhnlich, so bringen sie doch nicht das Nötige zusammen. Daher möchte ich die geehrte Redaktion des „Sozialdemokrat“ ersuchen, auch ihrerseits eine Sammlung zu Gunsten dieser Opfer politischer Verfolgung zu eröffnen. Unsere theoretischen und tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten haben ja mit der Unterhaltungsfrage nichts zu thun. Leben wir freiwillig Kritik an einander, aber helfen wir, wo es Verfolgte und Gemüthliche gibt, das ist die wahre Solidarität.“

Soweit die Zuschrift.

Wir entsprechen der Bitte des geehrten Einsenders sehr gern und erheben uns hiermit bereit, Beiträge zur Unterhaltung der Verhafteten und ihrer Familien entgegenzunehmen. Da Gile Roth thut, haben wir unsererseits einen Beitrag von 100 Franken an das Komitee zur Unterhaltung der verhafteten Russen überwiesen, und quittieren weiter den Betrag von 5 Franken, der uns von Genosse B. aus D. zu diesem Zwecke zugegangen.

Eine Unterbrechung des Reichsgerichts ist das famose Urkenntnis, wonach auch jetzt schon die Aufforderung zum Kontraktbruch — natürlich wenn es sich um die kontraktlichen Verpflichtungen von Arbeitern gegenüber Fabrikanten handelt — straf-

bar sein soll. Dieses Kabinetsstück rechtsbrecherischer Nihilistik erhält in der Berliner „Volkstg.“ folgende Belandung:

„Besonders vor unter den zahlreichen Prozessen, die sich als eine Folge der rheinisch-westfälischen Bergmannsbewegung ergaben, auch einer von dem Essener Staatsanwalt wegen Verstoßes gegen § 110 des Strafgesetzes gegen einige Bergleute angeklagt worden, welche in öffentlichen Versammlungen ihre Kameraden zur Niederlegung der Arbeit ohne Innehaltung der Kündigungsfrist gegenüber den Bergwerksbesitzern aufgefordert hatten. Das Landgericht sprach die Angeklagten frei, das Reichsgericht hob dies Urteil aber auf und entschied die Frage, ob die öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen bürgerliche Gesetze unter § 110 falle, in bejahendem Sinne. Vor einigen Tagen ist nun die Begründung dieses Urtheils veröffentlicht worden, über welche uns ein Jurist folgendes schreibt:

In der Begründung des Urtheils heißt es: „Der § 110 des Strafgesetzbuchs bestraft denjenigen, der... öffentlich vor einer Menschenmenge, oder durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Kundgebung von Schriften oder andere Darstellungen... zum Ungehorsam gegen Gesetze“ auffordert. Doch unter Gesetzen nicht oder doch nicht ausschließlich Strafgesetze zu verstehen sind, ergibt sich schon daraus, daß der Ungehorsam gegen Strafgesetze, die bewußte oder gewollte Umdeutung der Gesetze unter § 110, in der Regel in der Begehung strafbarer Handlungen besteht und die Anforderung zu solchen durch § 111 besonders unter Strafe gestellt ist. Daß irgend eine andere Art von Gesetzen von dem Sinne des § 110 ausgeschlossen sein soll, läßt sich aus Wortlaut, Sinn und Zweck des Paragraphen nicht entnehmen.“

Nach dieser Entscheidung können die angeklagten Arbeiter mit einer Maximalfreie von zwei Jahren Gefängnis belegt werden und zwar auch in dem „milderen“ Falle, daß ihre Aufforderung erfolglos geblieben ist. Nun bestimmt aber § 111 des Strafgesetzbuchs, daß derjenige, welcher öffentlich zur Begehung einer strafbaren Handlung auffordert, falls diese Aufforderung erfolglos bleibt, im Höchstfalle mit einem Jahre Gefängnis zu bestrafen ist.

Und nun halte man zusammen: Der Eine, der zum Kontraktbruch gegen den Unternehmer aufreist, kann mit zwei Jahren Gefängnis bestraft werden, der Andere hingegen, der zur Ermordung, Brandstiftung z. gegen den Unternehmer oder sonst was aufreist, kann mit höchstens einem Jahre davonkommen.

Es ist bemerkenswerth, daß dies verhältnißlose Mißverhältniß der Strafen, welches sich bei der reichsgerichtlichen Auffassung des § 110 ergibt, dem erkennenden Senate nicht als ein Bedenken gegen die Richtigkeit seiner Auslegung aufgeworfen ist, zumal die Urtheilsgründe ja die beiden Paragraphen gegenüberstellen.“

So die Zuschrift. Die „Volkstg.“ bemerkt dazu, daß die unbefangene Nebeneinanderstellung der beiden amintlichen Paragraphen von Seiten des Reichsgerichts den Verdacht anstößt, daß das Reichsgericht anders als in „gutem Glauben“ gehandelt habe. Gerade deshalb aber sei der immer weiter eintreffende Zwiespalt zwischen der Rechtsprechung der Gerichte und dem Rechtsbewußtsein des Volkes um so bemerkenswerther.

Wir denken etwas anders von den Herren in Leipzig — vorausgesetzt, daß die Bemerkung der „Volkstg.“ nicht ironisch gemeint ist. Schwerlich ist den fahigen Juristen des Reichsgerichts irgend ein Punkt in diesen beiden — in der That umfassen — Paragraphen entgangen. Wenn sie sie trotzdem ruhig nebeneinanderstellen, so ist dafür das Wort „unbefangen“ nicht ganz dem Range des Reichsgerichts angemessen. Höher „rup. liebe Volkstg.“

Darin aber hat die „Volkstg.“ Recht, wenn sie ihre Notiz wie folgt schließt:

„Sagen wir den Fall, daß nach einigen tausend Jahren von dem heutigen Deutschland der Menschheit nichts mehr bekannt wäre, als dies eine Urtheil des Reichsgerichts, so würden die Geschichtsforscher, welche in ferner Zukunft leben, daraus mit unsehbarer Sicherheit schließen, daß die Epoche, in welcher ein solches Urtheil erlassen wurde, eine großkapitalistische Epoche war.“

Recht so. Berliner Zeitungen der abgelaufenen Woche berichten: Wegen Majestätsbeleidigung sind am Montag Vormittag die Arbeiterstraj G. aus der Seemannsstraße und zwei Arbeiter aus der Algenstraße zum Sicherheitsarrest eingeliefert worden. Die Schuldigen sollen gelegentlich der Grundsteinlegung zur Himmelfahrtkirche im Humboldtthain schwere Beleidigungen gegen die Kaiserin ausgesprochen haben. Ein Rechtsanwalt aus der Brunnenstraße hat der Behörde die Anzeige erstattet, worauf sofort zur Verhaftung der drei Personen geschritten wurde. Der Schankwirt hat am gestrigen Abend, um sich vor den Jornesausschüßen des empörten Publikums zu schützen, seine Schankwirtschaft geschlossen zu müssen.“

Ein Bravo den wackeren Berlinern, die ihrem Abscheu gegen das nichtswürdige Demunziantenwesen so energischen Ausdruck gegeben haben. Hoffentlich machen sie es sich auch zum Gesetz, die Wirklichkeit des erbärmlichen Angebers von nun an gänzlich zu meiden, denn am Geldbeutel sind diese Geister am Empfindlichsten.

Was für „Utopisten“! Die Arbeiter-Ausschüsse des Saarbrücker Kohlenreviers hatten bereits mehrmals die Abkist gehöhrt, die Wünsche übersichtlich zusammenzufassen. Kürzlich ist nun diese Zusammenstellung mit der Bitte um Berücksichtigung dem Oberbergamt zu Bonn, dem Abgeordnetenhaus und dem Reichstag eingereicht worden. Die Bergleute fordern eine achtstündige Schichtdauer mit Einschluss der Ein- und Ausfahrt, die Einsetzung eines Schiedsgerichtes unter dem Vorsitz eines Arbeiters und eines Mindestlohn von 4.50 Mark für Akkordarbeiter. Selbstverständlich erachten die Grabenleitungen „aus leicht begreiflichen Gründen“ diese Forderungen als „unannehmbar“. Am Ausschüßen wenden sie sich jedoch gegen den Wunsch der Arbeiter, es möge eine Strafordnung für Beamte, welche Arbeiter mißhandeln, eingeführt und in die Arbeitsordnung aufgenommen werden, denn das Verlangen nach einer verbrieften Strafordnung für Beamte enthalte eine unabweisliche Auflage gegen das Gerechtigkeitsgefühl der Verwaltung. Die Forderung der Bergleute, man möge ihnen die Wahl der Graben freistellen, wird mit der Behauptung abgelehnt, daß die Gewährung unbeschränkter Freizügigkeit die größten Unzuträglichkeiten mit sich führen müsse. „Das ganze Vorgehen der Vertrauensmänner“, meint die drave „Köln. Ztg.“, „zeigt von einer bedauerlichen Verengung ihrer Aufgabe. Es war die Absicht, in den Ausschüßen ein Mittelglied zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu schaffen; keinesfalls wollte man damit neue Träger der Unzufriedenheit, neue Verfechter utopischer Anschauungen in Arbeitstragen in's Leben rufen.“

Also das Verlangen, einen Schied der Arbeiter gegen die Willkür der Herren Beamten zu schaffen, ist nach dem Ergapitalistenblatt ein Anzeichen „utopischer Anschauungen“. Das heißt mit anderen Worten, Gerechtigkeit für die Arbeiter ist unter dem heutigen kapitalistischen Produktionsystem unerfüllbar. Nun, wir können nur wünschen, daß die Arbeiter sich diesen Satz recht tief einprägen, und bei jeder entsprechenden Gelegenheit danach handeln.

Die sächsische Regierung rüftet sich in ihrer Art bereits auf die sozialistengefehrte Zeit ein. Sie hat den Polizeibehörden strengste Weisung gegeben, das Vereinsgesetz und die übrigen Polizeigesetze rücksichtslos anzuwenden. Und bescheiden sind die Staatsanwaltschaft und die — natürlich „unabhängigen“ — Richter angewiesen worden, gegen die Umklepartei möglichst viel Prozesse einzuleiten und möglichst hohe Strafen zu verhängen.

Wir haben schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß das gemeine Strafgesetzbuch verbunden mit den bestehenden Polizeigesetzen ein ebenso brutales Unterdrückungs- und Verfolgungsinstrument ermöglicht wie das Sozialistengesetz, dessen Hauptvertheil darin besteht oder bestand, daß es die Polizei-Allmacht sans phrase bedeutete.

Wir können natürlich nicht alle Vorkommnisse registrieren, welche sich als kapitalistischer Verbrechen der sogenannten Staatsanwaltschaft kennzeichnen — wir greifen nur die frappantesten Beispiele heraus. Dazu gehört aber sicher die folgende, in Magdeburg unterm 29. Mai veröffentlichte „Bekanntmachung“:

Zur Warnung. (Die gesperrten Worte sind in der Bekannt-

machung fett gedruckt.) Arbeitseinstellungen sowie Verabredungen und Vereinbarungen zu Arbeitseinstellungen zum Besufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen sind nach § 152 der Gewerbe-Ordnung zulässig und straflos. Vergewaltigung Arbeitswilliger zur erzwungenen Arbeitseinstellung oder zu widerwilligem Festhalten an der Arbeitseinstellung aber wird, wenn durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verursachung begangen oder versucht, nach § 153 G.-O., § 240 St.-G.-B. bestraft. Auch schon eine öffentliche Aufforderung zur vertragwidrigen Arbeitseinstellung ist nach § 110 St.-G.-B. strafbar. Auf Grund des einen oder anderen vorgenannten Strafgesetzes sind 23 Angeklagte durch Urtheil der Strafkammer I des Landgerichts vom 22. d. Mts. wegen Verletzung der Erwerbsfreiheit zu empfindlichen Freiheitsstrafen, bis zu einem Jahr Gefängnis, verurtheilt. Indem ich dies zur öffentlichen Kenntniß bringe und vor ähnlichen Gesetzwidrigkeiten eindringlich warne, erziele ich, demnach vorkommende Ausstellungen in dieser Richtung mir unweiziglich und ausnahmslos zur Anzeige zu bringen, um sowohl die Erwerbsfreiheit zu schützen, als gefühlvolle Heger und Störenfriede der verdienten Strafe überliefern zu können.“

Berüht zu Magdeburg im Jahre der kaiserlich-königlichen Sozialreform, Gintausendachtundneunzig.

Wie häufig würde unter diesen Umständen passen: der erste Kapital-anwalt. Nichts logischer, nichts selbstverständlicher, als daß ein Anwalt des Kapitals, resp. der Kapitalisten, aus der Gewerbe-Ordnung nur heraus- und, wo es geht, außerhalb in sie hineintritt, was den Kapitalisten angenehm ist und den Arbeitern die Hände bindet, daß er zu Demunziationen gegen streikende Arbeiter auffordert, die ihre Anträge zum Aushalten ermahnen, — denn darauf läuft ja der Schlag hinaus — kurz, wider den Splitter im Auge der Arbeiter tobt und den Balken im Auge der Kapitalisten vollständig überläßt. Aber wenn ein Staatsanwalt das so offen thut — nun, logisch ist's am Ende auch, ob es aber staatsverhaltend ist, was man doch von einem Beamten, der diesen Titel führt, erwarten sollte, darauf gehört ein großes dickes Fragezeichen.

Die streikenden Arbeiter tauchen wieder auf. Das Viegniger Tageblatt“ ließ sich kürzlich aus B. u. d. n. schreiben:

Vor einigen Tagen kam in ein hiesiges Geschäft eine Anzahl junger Arbeiter, die Kavalar zu haben wünschten. Auf die Frage des Verkäufers, ob zu 7, 9 oder 11 Mark, forderten dieselben, als wenn es sich von selbst verstände, solchen zu 11 Mark. Hierzu kauften sie noch 2 Pfund Vachs und anßerdem noch Sardinen, so daß sie einige 20 Mark zu zahlen hatten, worauf sie vergnügt von dannen zogen. Augenscheinlich mußten die Arbeiter, die irgendwo einmal etwas von Kavalar gehört hatten, nicht, was sie mit demselben anfangen sollten, denn kaum noch einer Viertelstunde kam einer von den jungen Arbeitern wieder in den Laden und fragte sehr naiv: „Sagen Sie mal, wie wird denn der Kavalar eigentlich gefoch?“

Wir haben über den Vorfall Erundigungen eingezogen und können auf Grund genauer Ermittlungen feststellen, daß es mit dem Kavalar und dem Wachs allerdings keine Nichtigkeit hat. Aber das war noch nicht Alles. Aus dem betreffenden Laden zogen die Arbeiter weiter und kauften in einer Weinhandlung nicht weniger als 20 Flaschen prima Bordeaux und 20 Flaschen Champagner (Röberer, extra blanc). Diese liehen sie in die ruhende Villa „Stüvergrün“ zu nehmen, die einer von ihnen sich längst hat bauen lassen, und dort führten sie mit einigen hübschen Fabrikantentöchtern, die sie unter der Drohung, sonst zu streiken, willkürlich gemacht, eine Orgie auf, wie sie nur ein überfälliger Geselam erlernen kann.

Und das alles auf Kosten der armen Fabrikbesitzer, die bei 12—14-stündiger Arbeitszeit mit einem Reinertrag von höchstens 12 Mark die Woche färlieb nehmen müssen. Es ist schändlich!

Ueber den bisherigen Erfolg des Achtstundenkampfes der amerikanischen Zimmerleute veröffentlicht die letzte erichene Nummer des offiziellen Organes derselben, „The Carpenter“, einen genau detaillierten Bericht, den das „Philadelphia Tageblatt“, wie folgt, zusammenfaßt:

In 141 Städten streikten 54,859 Mann. Nicht eine einzige Niederlage ist bis jetzt zu verzeichnen. Für 23,355 Mann ist der achtstündige, für 14,180 Mann der neunstündige Arbeitstag errungen worden; für 2662 Mann sind sonstige Vorteile aufzuweisen, so daß mithin über 40,000 Arbeiter im Zeitraum weniger Wochen eine Verbesserung ihrer Lage erstritten haben. Es sind noch etwa 14,000 Mann in der Bewegung begriffen.

Das ist wahrlich ein glänzender Refultat, bemerkt das „Tageblatt“ dazu, und es ist, vom finanziellen Gesichtspunkt betrachtet, auch ein vortreffliches Geschäft gewesen. Die Ausgaben der Hauptkasse und der Lokal-Unions werden auf etwa 70,000 Dollars geschätzt. Nun hat freilich jeder Streiker zeitweilig seinen Verdienst eingebüßt, allein die Arbeit, die er inzwischen verrichtet hätte, gung ihm nicht davon; wo das Bedürfnis für sein Produkt existierte, da ist die Betriedigung höchstens auf einige Tage oder Wochen hinausgeschoben worden. Da kann also von einem Verlust gar nicht geredet werden. Und so wäre die Ertragskraft mit dem gar nicht in Betracht kommenden Aufwand von einem bis zwei Dollars per Kopf erlauft worden. Wahrlich, die Gewerkschaft ist die beste Kapitalanlage für die Arbeiter; hier ist der klare Beweis dafür.

Damit ist aber der ganze errungene Vortheil noch nicht erschöpft. Der Bericht sagt weiter, daß die Organisationen 46 neue Unions und 11,241 neue Mitglieder aufgenommen habe, so daß der Bestand derselben sich auf 67,200 beiffert. Dieser agitatorische Erfolg der Bewegung ist nicht geringer anzuschlagen, als der materielle; denn er wird wieder dazu beitragen, daß der materielle Erfolg auch festgestellt werden kann.

So wäre also in der Hauptsache die erste Affäre der Federation bereits siefhaft gewesen. Und nun: Glück auf zur zweiten! Die Kohlengräber werden nun an die Reihe kommen.

x. Der deutschfreimüthige Froshmänderkrieg — schreibt man uns — ist vorläufig durch einen Waffenstillstand unterbrochen; derselbe kann jedoch gänzlichfalls nur zu einem faulen Frieden, oder genauer, zu einer Vertauschung der vorhandenen Gegensätze führen, und bei der ersten besten Gelegenheit wird die Kapitalgerei wieder beginnen, um schließlich in einer Trennung zu endigen. Die deutschfreimüthige Partei kann ihrer Natur nach kein homogenes, festzusammenschließendes Ganzes bilden. Politisch hat sie kein Programm — sie enthält demokratische Elemente, ist aber nicht demokratisch und kann es nicht sein, weil sie einer Vertiefung der Demokratie ihren Ursprung verdankt. Johann Jakob, der die Fortschrittspartei demokratisch gestalten wollte, wurde aus ihr hinausgedrängt und in das Lager der Sozialdemokratie getrieben, wo allein er die konsequente Demokratie fand. Und das wirtschaftliche Programm der Fortschrittspartei ist das Mandarierthum, welches an sich eine feste Parteibildung unmöglich macht. Das Manchesterthum, dem die Richter und Genossen vom „Hufen Hängel“ ebenso eifrig huldigen, wie die Richter, Hänel, Barth und Genossen vom „rechten“, bedeutet die gesellschaftliche Anarchie, die Herrschaft des Individualismus, die Unterordnung des Gemeinwohles unter das persönliche Interesse; und dies muß auch in dem Parteilieben zum Ausdruck gelangen. Während in der sozialistischen Partei, welche die Unterordnung des Individualismus unter das Ganze fordert, die einzelnen Mitglieder ihre Kräfte der Gesamtheit zur Verfügung zu stellen haben, und nur in der Gesamtheit und für die Gesamtheit sich wirksam betheiligen können, legt der Fortschrittler, als richtiger Mandariermann, sein Ja über die Gesamtheit, und, frant in der Partei anfangen, will er, daß die Partei in seiner Person aufstehe. Nicht die Diktatur ist es, was die Wirth, Richter und Konjorten in Richter bekämpft haben, sondern daß Richter der Diktator ist. Jeder möchte Diktator sein.

Ein „Streit“, wie der, welcher in diesen Tagen vor der Öffentlichkeit zwischen Richter und seinen Widersachern ausgefochten wird, ist in der sozialdemokratischen Partei einfach unmöglich. Wir haben Meinungsverschiedenheiten in unseren Reihen gehabt, und werden sie auch ferner noch haben; wir haben aber stets nur um Fragen der Theorie oder der Praxis gestritten, niemals um die Herrschaft in der Partei zu kämpfen, niemals um die Herrschaft in der Partei zu kämpfen. Eine Person kann bei uns die Herrschaft nicht ha-

ben, schon aus dem Grunde, weil wir den Begriff der Herrschaft prinzipiell verwirren. Bei den Freimütigen dagegen ist aller Streit ein Streit um die persönliche Herrschaft; der Richter will Herr sein, der Richter will Herr sein, der Dänel will Herr sein — und wie sie alle heißen mögen, die woullso- (Mädtegen-) Herren. Mit der schärfsten Spitze sieht sich ein anderer Streitpunkt nicht entdecken. Ob die Tonart der Opposition gegen die Regierung ein bisschen schärfer oder milder ist, das will nichts bringen — darin sind alle Fortschrittler einander gleich, daß ihre Opposition keine prinzipielle ist. Möglich, daß die der schärferen Tonart die neuen Militärforderungen wenigstens teilweise überwiegen, — zu einem grundsätzlichen Votum gegen den Militarismus kann keine der fortschrittlichen Mannesleuten sich aufschwingen; hoffähig müßten sie alle sein, wenn auch die „Escorpius“ oder „Wabelstrümpfe“ für Alles Waden nicht in gleichem Maße passen.

Genug — es ist das Manichäismus, der Individualismus, der Mangel an Gemeinschaft, woron die Fortschrittspartei zu Grunde geht. Sie zerbröckelt, weil der Kitt fehlt.

Mit dem Zentrum, dem „Thurm“, wie es sich stolz genannt hat, sieht es auch recht wackelig aus. Es steht im eigentlichen Sinne des Wortes auf zwei Augen. Der alte schlaue Windthorst, mit seinem durchdringenden Geist und seinem menschlichen Scharfsehen, hat die widerstrebenden und widerstrebenden Elemente zusammen: früher war's der Kulturkampf, der seinen eiserne Keil um das Zentrum schloß wie das Sozialistengeheiß um die Sozialdemokratie. Mit dem Kulturkampf ist's vorbei, und nie wird er wiederkehren. Die Bismarck'sche Weisel macht keinen noch. Jetzt ist's nur noch die Tradition des Kulturkampfes, welche einladend wirkt, und diese Tradition wird lebendig gehalten durch Windthorst, sie verlor sich in seiner Person. Wie untergehende Gestirnungen und Staatsformen, so leben auch untergehende Parteien zuletzt nur noch in irgend einer hervorragenden oder imponierenden Person fort. Freilich ist dies das letzte Stadium, und nach Windthorst wird Niemand und Nichts das Aus-einanderfallen des Zentrums verhindern können.

— Ein Vorschlag. Das Interieur Bismarck's mit dem Reporter des „Figaro“, welches Interieur, wie Bismarck neuerdings durch den Mund seines Moniteurs erklären ließ, eigentlich nur ein Diktat des Ex-Ministers gewesen ist, legt einen Gedanken nahe, den wir in allem Ernst der Begutachtung unserer Leser unterbreiten möchten. Wie wäre es, wenn in Zukunft jeder Arbeiter oder sonstige Staatsbürger, der wegen eines unbedachten Wortes u. als Majestätsbeleidiger unter Anklage gestellt wird, den Fürsten Bismarck als Sachverständigen zuziehen läßt, oder, wenn das aus formellen Gründen verweigert wird, ihn als Entlastungszugungen anruft?

— Dem soeben erschienenen Jahresbericht des Fabrikinspektors für die Provinz Starenburg und den Kreis Worms entnimmt ein Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ folgende bemerkenswerte Thatsachen:

Von 710 Betrieben mit rund 29,000 Arbeitern konnte der Beamte im Vorjahre nur 313 Anlagen besichtigen. Unfreiwillig Weise hatte er aber für die Besichtigung der Arbeiter wie die Anfragen der Unternehmer immer ein offenes Ohr. Der Inspektor stellte u. A. sehr werthvolle Angaben über die lange Arbeitszeit zusammen, welche noch in vielen Betrieben herrscht und den Auf nach einem Normalarbeitszeit von Neuen rechtfertigt. Er untersuchte die Verhältnisse von 300 Fabriken. Davon arbeiteten 34 mit regelmäßigen Nachtschichten, und zwar vielfach in Branchen, welche den sonstigen Betrieb abseits nicht nötig haben, wie z. B. Metallfabriken, Chininfabriken, Delfabriken u. s. w. Nacharbeit weiblicher Arbeiter sollte nach dem Beamten überhaupt verboten werden. Von jenen 34 Fabriken mit Nachtschichten haben nicht weniger als 27 eine Arbeitszeit von mehr als 10 Stunden. In Wälden wurde sogar eine Arbeitszeit von 36 Stunden (!) konstatiert. Auch von den 264 Fabriken ohne Nachtschichten haben nicht weniger als 160, also die große Mehrheit, eine Arbeitszeit von mehr als 10 Stunden. Man sieht also, was die oft gehörte Behauptung auf sich hat, der 10stündige Arbeitstag habe sich auf ohne Weisung schon völlig in der Fabrikindustrie eingebürgert. Daß die Unternehmern bei übermäßiger Arbeitszeit gar nichts protestieren, stelle eine „gut geleitete und gut rentirende“ Maschinenfabrik des Bezirks im Vorjahre praktisch fest. Sie arbeitete wegen großer Aufträge über ihre 11 1/2stündige Arbeitszeit hinaus mit Ueberstunden und an Sonntagen. Da ergab sich nach sorgfältigen Berechnungen, daß der erzielte Mehrertrag der Arbeitsleistung in Menge und Güte bei weitem nicht dem Mehrertrag an veranschlagten Löhnen entsprach, und es sind deshalb die Ueberstunden und Sonntagsarbeit aufgegeben worden. Der Beamte macht noch interessante Mittheilungen über einzelne Arbeitseinstellungen und ihre Ursachen. Schließlich erwähnt er eine bemerkenswerthe Ueberanstrengung der Arbeiter und der kindlichen Kräfte in der Hausindustrie des Bezirks mit folgenden Worten: „In Dörfern der Umgebung von Seltschadt werden viele weibliche Arbeiter in der Hausindustrie mit der Herstellung von Seiden- und Papparbeiten von Offenbacher Pömsenwarenfabriken beschäftigt. Außerdem bieten die Zigarrenfabriken in der dortigen Gegend Arbeitsgelegenheit für männliche und weibliche Arbeiter. Es ist nicht selten, daß Zigarrenfabrik-Arbeiterinnen und jugendliche männliche Arbeiter außer in einer Zigarrenfabrik auch Abends noch zu Hause in Perlearbeit beschäftigt sind. Zigarrenfabrikbesitzer klagen darüber, daß solche Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter in der Fabrik nicht viel leisten. Leider lassen sich die Hausarbeiter auch durch Kinder in der Arbeit durch Einwickeln von Perlen unterstützen und es werden Kinder damit bis spät in die Nacht beschäftigt.“ Das sind schreckliche Zustände, schließt der Bericht, die nach geleglicher Abhilfe schreiben!

Das thut sie in der That. Wie lange aber wird die gesetzliche Abhilfe auf sich warten lassen? Für solche Dinge haben unsere Regierer außerordentlich kleine Ohren.

Wir haben uns in No. 19 des „Sozial-Demokrat“ obfällig über ein im Verlage der „Nürnberger Post“ erschienenen Gedendblatt zum 1. Mal geäußert. Es geht um von dem Verwalter des genannten Blattes ein Schreiben in, das zwar auf den eigentlichen Inhalt unserer Kritik nicht einget, aber unter Hinweis auf die Entscheidungsgeschichte der Festschrift für die Herausgeber derselben, wenn wir uns so ausdrücken dürfen, auf mildere Umstände plädiert. Selbstverständlich kommen wir dem Wunsch, keinen betreffenden Ausführungen im „Sozial-Demokrat“ Aufnahme zu gewähren, sehr gern nach.

Er schreibt: „Als der Gedanke der Herausgabe einer Festschrift aufstach und beathen wurde, wurde über die Stofftheilung folgenden vereinbart: Erste Seite: Bild und Festgedicht, zweite Seite: Die Ansichten bekannter Männer und Frauen aus allen Berufs- und Parteilagen über den Arbeiterarbeitszeit in kurzen, aphoristisch gehaltenen Aussprüchen.“

Der weitere Raum war für eine kleine Novelle, einen geschichtlichen Rückblick über die Arbeiterbewegung, eine ärztliche Behandlung, einen Aufsatz über die Bedeutung des Arbeiterarbeitszeit, eine Festabhandlung, sowie einzelne Gedichte, die letzte Seite für den Humor bestimmt. Alles dies Beiträge von Genossen. Wie Sie sehen, war der Gedanke nicht gerade verschwommen, es wurde bei dem Abfah auch auf außerhalb unserer Partei stehende Leute als Leser gerechnet, und Gegner zum Wort kommen zu lassen, gibt dem Ganzen immer etwas Originalität.

„Nun — erstens war die Zeit zur richtigen Ausführung zu kurz. Dann aber wurde in den Zuschriften an die in Aussicht genommenen Mitarbeiter der Wunsch nach knapper, aphoristischer Form der redelernen Beiträge nicht betont, so daß fast nur längere Darlegungen einfließen, die, eben der Kürze der Zeit wegen, auch nicht stoff ausgebeutet waren, während von anderen Seiten, auf die sicher gerechnet worden war, gar nichts kam. Die Herausgeber hatten mit einem sehr schwierigen Standpunkt: fallen lassen konnte man die Sache nicht mehr, andererseits war man sich wohl bewußt, daß man nicht das bieten konnte, was ursprünglich geplant war. Diese Umstände waren dem Verfasser Ihres Artikels über bekannt, deswegen ist seine absprechende Kritik hinlänglich und ungerichtet, abgesehen davon, daß dieselbe gegen die betreffenden Mitarbeiter etwas unhöflich war, und die Herausgeber denselben gegenüber in eine unangenehme Lage brachte.“

Dies ist der Sachverhalt; sollten Sie davon auch im „Sozialdemokrat“ Notiz nehmen wollen, so läge darin für die Herausgeber der Festschrift eine verdiente Genugthuung.

Auf die andere Seite der Kritik gehe ich hier nicht ein; nur, wenn Sie es ausdrücklich wünschen sollten, würde ich Ihrem Wunsch mit Vergnügen nachkommen.“

Somit der Einsender, der ausdrücklich betont, daß er selbst an der Herstellung der betreffenden Festschrift nicht thätig mitgewirkt hat, und daß er ferner aus eigener Initiative schreibt, ohne Auftrag, ja, ohne Wissen der betreffenden Genossen.

Wir haben sehr wenig auf seine Ausführungen zu erwidern.

Er irrt sich, wenn er annimmt, daß dem Verfasser unser Notiz die Umstände, die er schildert, bekannt waren. Die Notiz rührt von dem Herausgeber dieses Blattes her, und hatte keine andere Unterlage als einzig und allein die Festschrift selbst. Daß dieselbe anders geplant war als sie angefallen ist, bezweifeln wir nicht — wir hatten uns aber an sie zu halten, so wie sie war und angeboten wurde. Den guten Willen der betreffenden Genossen in Ehren, aber er ist noch kein Freibrief, der die Kritik überflüssig macht. Im Gegentheil, wenn der gute Wille auf falschen Wegen ist, so ist es erst recht die Pflicht, die Stimme dagegen zu erheben. Weiter aber haben wir nichts gelhan. Weit entfernt, den Uebertreibern der Festschrift persönlich zu nahe zu treten, haben wir im Gegentheil von vornherein alle nach Lage der Dinge möglichen Vorbehalte zu ihren Gunsten gemacht. Und wir sind gern bereit, diejenigen weiteren Entschuldigungen zu lassen, die sich nach der obigen Darlegung billigerweise ergeben.

Von unsern grundsätzlichen Ausführungen können wir natürlich kein Wort zurücknehmen, ebensowenig von dem, was in Bezug auf die Mitarbeiter an der Festschrift gesagt. Wenn wir gegen einzelne derselben etwas unhöflich waren, wie der Einsender sich höflich ausdrückt, so braucht das die Herausgeber der Festschrift nicht im Mindesten zu geniren, dafür sind nur wir und Niemand sonst verantwortlich. Und wir wären sehr froh, wenn wir kein größeres Verbrechen auf dem Kerbholz hätten, als das, die Selbstgefälligkeit der betreffenden Literaten verlegt zu haben.

Daß, falls der Einsender auf unsere Kritik sachlich noch etwas erwidern zu sollen glaubt, ihm die Spalten des „Sozialdemokrat“ offen stehen, ist selbstverständlich.

Korrespondenzen.

Aus der Westschweiz. (Bericht über die Versammlung der deutschen Arbeitervereine der Westschweiz am 25. Mai 1890 in Chaux-de-fonds.) Anwesend waren die Vereine resp. Delegirten von Basel, Bern, Biel, Genève, Grenchen, La Chaux-de-fonds in Stärke von circa 100 Mann. Das Tagesprogramm bestand aus den Genossen Seifert (Chaux-de-fonds) als Präsident, Gotschalkowsky (Genève) als Schriftführer und Dieterle (Biel) Stellvertreter.

Präsident Seifert eröffnete nachmittags 2 1/2 Uhr die Versammlung und gebietet vor Eintritt in die Tagesordnung der Verdienste des allen Genossen bekannt, vor Kurzem in Genève verstorbenen Bürgeres Zug. Nach Verlesen des Protokolls der letztjährigen Versammlung in Biel, erstatten die Delegirten Bericht über den Stand der einzelnen Vereine.

(Da die Berichte mehr ein lokales Interesse haben, so können wir über diesen Theil des Berichts mit dem Bemerkten hinweggehen, daß aus der Mehrheit der Vereine recht lebendige und gute Fortentwicklung gemeldet wird, nur Lausanne und Yverdon klagen über mangelndes Interesse unter den Arbeitern. Red. des Soz.)

Bei Traktand 2 wünscht Verein Genf Aufklärung über die zukünftige Stellung des Landesauschusses und beklagt sich anherber über Nachlässigkeit des Regierens. Diese Anschuldigungen werden jedoch von den Vertretern Basels und Genf klar zurückgewiesen. Die zukünftige Stellung des Landesauschusses, d. h. nach Ablauf des deutschen Sozialengesetzes, lasse sich jetzt noch nicht bestimmen.

In Punkt 3 Regelung des Unterstufungswesens (Traktand 4) wird beschlossen, künftig nur solche Personen, die sich als Genügsamer, bezw. Ausgewiesene ausgeben, Unterstufung zu gewähren, die sich im Besitze einer diesbezüglichen Legitimation, beglaubigt durch ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion der deutschen Reichstags oder des Landesauschusses in Zürich, befinden. Allen Vorständen wird außerdem in diesem Punkte die größte Vorsicht empfohlen, da viel Mißbrauch hier. Unterstufungen getrieben worden ist. Bei Traktand 5, Vorphredung über Parteiwesen, laufen Klagen von verschiedenen Genossen ein. Ein Genosse von Yverdon berichtet, daß er schon seit mehreren Jahren sich in der Schweiz aufhalte, daß es ihm aber trotz aller Bemühungen bisher nicht gelungen sei, Heimathspapiere zu erlangen, da sie ihm die deutschen Behörden, ohne Gründe dafür anzugeben, hartnäckig verweigerten. Es seien ihm außerdem 14 ähnliche Fälle bekannt. Darauf beschließt die Versammlung, den Landesauschuss deutscher Sozialisten in der Schweiz zu ersuchen, über dergleichen vorkommende Fälle Material zu sammeln und dasselbe der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstags einzusenden, damit dieselbe, wenn noch möglich, bei Veranlassung des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages ihren Einfluß geltend mache oder aber an zuständiger Stelle Abhilfe verlange. (Es empfiehlt sich nach unserer Ansicht ferner, dieses Material, und zwar so schnell als möglich, an Nationalrath Curti oder Nationalrath Decurtins zu senden. Red. des Soz.) Ein Antrag (Tr. 6), die Versammlung, nicht wie bisher jedes Jahr, sondern nur alle zwei Jahre, und, wenn möglich, im Herbst einzuberufen, wird mit großer Mehrheit verworfen.

Dem Antrag des Vereins Chaux-de-fonds (Tr. 7), sämtliche deutsche Arbeitervereine der Schweiz um ihre Adresse zu ersuchen, um ein Verzeichniß darüber aufzustellen zur besseren Orientierung der Mitglieder, wird stattgegeben und derselbe mit der Ausführung der nötigen Arbeiten betraut. Traktand 8 ist die schon so oft behandelte Frage der Zentralisation sämtlicher deutschen Arbeitervereine der Schweiz (Antrag Basel). Es ruf diese Frage sehr lebhaft Diskussion hervor und wird nach längerer Debatte mit geringer Majorität weiteres Eingehen auf diesen Gegenstand beschlossen und der Verein Basel mit den nötigen einleitenden Schritten beauftragt. Als nächster Versammlungsort wurde nach kurzer Debatte Bern bestimmt.

Beim Traktand Verschiedenes macht Genosse Reiz (Biel) die übrigen Vereine darauf aufmerksam, daß Redaktor R. Wägg in Zürich beschäftigt, eine Geschichte der deutschen Vereine in der Schweiz zu schreiben, und ersucht dieselben, Herrn Redaktor Wägg allfälliges Material, ältere Protokolle u. einzusenden. Nach einem kurzen Schlusswort des Tagespräsidenten wurde die Versammlung um 8 Uhr geschlossen.

War der Sonntag der Tag der Arbeit, so war der folgende Montag der Erholung gewidmet. Von Chaux-de-fonds ging per Bahn nach Yverdon, dort wurde dem deutschen Verein ein kurzer Besuch abgezollt und dann ging's zu Fuß nach Col de Roche, Brenets, dem engen Thale des Doubs entlang, hinüber ans französische Ufer nach dem Salet du Dubs. Die Fahrt auf dem Doubs, die wundervolle Szenerie in dieser hochromantischen Alpengegend, werden gewiß zu den schönsten Erinnerungen aller Teilnehmer zählen. Die Wellen des Doubs haben sicher seit Vongem keine so frühe Gesellschaft getragen, als am Pfingstmontag. Mit einem fröhlichen auf Wiedersehen nächster Jahr in Bern, trennten sich die Genossen auf dem Bahnhof in Chaux-de-fonds. Wägen die verlebten Tage belächelnd und nachbringende gewesen sein.

M. G.

Eingegangene Druckschriften:

Antonio Labriola, Proletariato e Radicali. Roma, Felio Carboni.

Ein offener Brief aus Anlaß des demokratischen Kongresses*, in dem vom sozialistischen Standpunkt dargelegt wird, was die Radikalen zu thun haben, wenn sie sich wirklich um die Sache des Proletariats verdient machen wollen.

A. Sartorius von Waltershausen. Der moderne Sozialismus in den Vereinigten Staaten von Amerika. Berlin, Hermann Bahr. (Wird besprochen.)

*) Siehe unsern heutigen Leitartikel.

Hans Müller. Der Mythos von der Begründung des Deutschen Reiches. (Berliner Arbeiterbibliothek. II. Serie, 1. Heft. Berlin, Verlag der „Berliner Volksbibliothek“.)

Der Inhalt dieser historischen Skizze entspricht nicht ganz dem, auch sonst nicht sehr glücklich gewählten Titel. Ein erheblicher Theil der Schrift ist einer Schilderung der Entwicklung und des Verfalls des heiligen römischen Reiches deutscher Nation gewidmet, so daß für die Aufgabe, dem Mythos über die Begründung des neuen deutschen Reiches die wirkliche Geschichte desselben gegenüberzustellen, ein etwas gar zu knapper Raum bleibt. Was innerhalb desselben zu leisten war, hat der Verfasser übrigens geleistet. In großen Umrissen werden dem Leser die politischen und ökonomischen Triebkräfte vorgeführt, die zur Begründung des deutschen Reiches drängten, und wird die Rolle, die die angeblichen Begründer dabei gespielt, auf ihr richtiges Maß zurückgeführt.

Einem jungen Genossen in's Stammbuch.

Von Ernst Lemberger (Wien).

Wißt mit uns marichiren? — Gut.
Schnür' Dein Köpzel, junges Blut,
Nimm sein Abschied von den Tanten,
Von der Liebsten, von Bekannten,
Nanthen ist es schon passiert,
Daß er plöglich inhastirt.

Kamst mit rothen Schafwollsocken
Schöne Dinge Dir einbrocken ...
Ueberhaupt entferne lacht
Was die Dohlen während macht.
Tag für Tag besuch' auf's Neu:
Sozialist ist vogelfrei!

Kämpf' verachtungsvoll das Käsechen
Ueber Dich Dein kleines Bisschen —
Wensch! Ertrag es mit Geduld,
Lumpen schenkt man keine Schuld.
„Dieser Bursche, ach Dittile,
Ist der Schwandfleck der Familie!“

Briefkasten

der Redaktion: Briefe und Einsendungen erhalten aus: Basel, Berlin („Der rote Ludwig“), Hamburg, München, Paris, Rom.

der Expedition: J. S.: 11 Pp. f. Schrift. erb. — R. F. L.: Sh. 5. 5/8 f. Schrift. erb. — G. B. Hier: Sh. 3. 5 f. Schrift. erb. — S. L. P. H. S. A. Gsch. R. Port: Jhr Bf. v. 26. Schrift mit dem unsrigen v. 30/5 u. erledigt denselben hinsichtlich eines Theils des Erfragten. Bestllg. wurde sofort effectuirt u. hoffen wir auf allseitig besten Erfolg. Bf. mehr. — K. Saan S. Franzisco: In Nr. 12 letzte Seite unter „Bahlfond“ finden Sie Ihre 25 Doll. quittirt. Am 5/6 sandten Belegexemplare. Gruß. — Brauner Bär: Mf. 1. 35 per Verlag. Bf. d. d. gutgedr. u. Mf. 23. 35 per Ab. 2. On. verwendet. Bestllg. u. Erfragtes folgt. — Frau, Frau, Wien: Mf. 40. — a. Cto. Bf. x. erb. u. weitere 40 Bf. f. Porto verwendet. Mf. 8. 30 per Verlag. Bf. d. d. unterweg. „Fr.“ noch nicht. Bf. Weiteres. — Leipzig: Archivalien Bf. d. d. erb. u. Weiteres beachtet. — Der Alte Lg.: Bestllg. v. 2/6 folgt baldmöglichst. Auf Weiteres wird Beacht genommen. Demnächst folgt übrigens an der Posthand. — Rother Eisenwurm: Sobald bereits am 6/6 zugelagert hier ist, folgt Ueberung Ihrer Dikt. Nach Maßstab der Gerechtigkeit kommen wir immer noch zu kurz. Adresse ist geordnet. Gruß. — Zimmer Vorwärts: Bf. sind eingereicht u. Gräbe sofort an Fr. S. weitergegangen. Schrift. sind unterweg. Fehlendes unentzert. Wird nochmals recheckirt. — D. A. B. R. Kuchel: Bitten bessere Briefcouvert zu verwenden. Bf. v. 4/6 war ganz zerlegt. — Pastor Müller: Wohlwollend Beucht am 4/6 erfragter Manco auf Verwechslung in Zwischenhand. Ergänzung bewirkt, Weiteres reklamirt u. Bf. v. 1/6 erb. — W. Hoffm. Hier: Sh. 16. 5 f. div. S. u. Schrift. erb. — G. H. Richmond: Sh. 2. 9 f. Schrift. erb. — F. S. S. Bf. d. d. Sh. 1. 6 f. Schrift. erb. — X. S. V.: Mf. 40. — a. Cto. Bf. x. erb. — Rother Schwefelbunde: Mf. 30. — a. Cto. Bf. x. erb. u. Bf. mehr. — R. S. Milano: Fr. 2. 15 f. Schrift. erb. u. Bf. bewirkt. — G. W. R. Cincinatti: Mf. 21. 44 f. geleistete Schrift. gutacht. Die Coursdifferenz ist beim Preis kaum von Einfluß. Im Uebrigen einverstanden. Gruß! — R. B. A. Port: Bf. d. d. v. 26/5 am 6/6 abg. — Uebelhaube: Beide P. R. v. 27. u. 29/5 erb. u. am 6/6 per B. R. beannt. — Regulus: Mf. 20. — a. Cto. Bf. x. erb. u. Bestllg. notirt. Weiteres nach Wunsch bewirkt. Erfragtes folgt Bf. — S. Jacobo Milano: Fr. 5. — f. Schrift. v. 3. erb. u. Bf. bewirkt. Bf. Weiteres. — M. M.: Bf. d. d. v. 1. Postlage v. 4/6 vervollständigt. Bf. notirt u. Anfrage am 7/6 eingehend Bf. erledigt. — G. Schwarz: Wais v. 5/6 erb. Gossentlich kommt bald Bescheid auf unsern Vorschlag v. 15/4/11? — Claus Groß: Mf. 3. R. v. 7/6 Mittheilung v. 4/6 beannt. — Rother Bahn: Bf. d. d. v. 4/6 folgt nach Wunsch sobald als möglich. — F. S. L.: Sh. 3. — für Schrift. erb. — Sh. G. Bdn.: Sh. 2. — f. Bf. auf 3 Mf. erb. Das ganze Jahr kostet Sh. 10. — Küberes ist am Kopf des S. publizirt. — Regidner: Mf. 5. — f. Schrift. erb. In Aussicht Gestelltes erwünscht. — G. S. G.: Mf. 60. — f. Schrift. erb. u. Bf. d. d. notirt. Erfragtes Bf. — G. W. Bf. d. d. Sh. 5. — erb. u. nach Wunsch verfahren so gut es angang. Dank für Vermittlung des Bf. u. Gruß. — A. Alm: Sh. 12. — a. Cto. Bf. x. erb. Bestllg. folgt nach Wunsch. Im S. D. 21 finden Sie die erfragte Pensionsliste des S. angegeben. — E. S. S. Godington: Die Veranlasser handeln in durchaus unper-sönlichem Interesse. Ihre Saltsfolgerung auf W's Aussagen werden Sie nach Eingang der Beweise wohl in anderer Richtung hin anwenden können. — Prädikater: Nachr. v. 7/6 erb. u. Beilage besorgt. Auf Manuskript bitten wir dringend, keine geschäftlichen Notizen zu machen. — R. W. D. Charlton: Sh. 7. 8 mit Sammel-lire 42 für Best. erb. Für Sonntag abgesehene Fortsetzung erwünscht. Dank u. Gruß. — Bofschle: Antrag v. 7/6 beirgt. Adressen G. u. „Communiqué“ folgen. Wenden Sie sich an „Gwi“, direkt, „Gombatt“ ersucht nicht mehr. Bestelltes am 10/6 per Mf. abg. Nachbestllg. per Pbd. — Pierrot: Nachr. v. 6/6 hier u. Wägg's erwünscht. Wie war's mit einem Bericht über die Sache? — Rosa: Ihren Wunsch ist entsprechen. Bf. d. d. folgt, sobald Druck vollendet beendet. Beitrag erledigt v. Dn. u. Mdn. — Nicodemus: Abrechnung v. 5/6 erb. Weiteres erwarten nach. Bf. über Erfragtes ausführlich. — J. S. B.: Mf. 20. — für Schrift. erb. Bf. d. d. folgt baldmöglichst. — Bönitz: Mf. 6. 30 Ab. Reich B. 4. Cto. Bf. x. bis 10/10, nebst Ab. T. per 3. Cto. erb. Weiteres Bf. ad notam genommen u. besorgt. Bf. mehr. — P. S. S. Gf.: Mf. 4. — f. Schrift. erb. u. Bf. d. d. am 12/6 nebst Beilage G. besorgt. — R. Hpp. D. Charlton: Sh. 4. 6 auf Sammel-lire 44 u. 45 für B. per Mf. d. d. erb. u. weiterbesorgt. — Alter Freig: Nachr. v. 1/6 erb. u. inhalt. vorgemerkt. Abgesehen erwünscht. — Ucaania: Ab. 11. Vorlage v. 1/6 erdw. — Da. Jofel: Dank f. fdb. v. 1/6 erb. Weiteres notirt u. erdwirkt.

Im Verlag von G. Wuehler in Cincinnati (Ohio, U. A.) Walnut-Street No. 490, ist neuerdings erschienen:

Am Weibstuhle der Zeit.

Ein sozialpolitischer Roman in 3 Bänden

von

A. Otto-Walster.

Preis: Komplet (in 20 Heften broschürt Mf. 4. — frants. desgl. hübsch gebunden 6. —

Lieferung nur gegen Baarvorzahlung.

G. Bernstein & Co.

114 Kentish Town Road London NW.